

FORENA-Diskussionspapier

Autoren: Alexander Häusler und Rainer Roeser

Entwicklung und politische Verortung der AfD im Bund und in Nordrhein-Westfalen

Einblicke und Bewertungen im Vorfeld der Landtagswahl in NRW 2022

Düsseldorf, 14.02.2022

Inhalt

Summary	1
1. Allgemeine Entwicklung und politische Einordnung.....	1
2. Die AfD im Bund und in NRW	4
2.1 Bundesweite Entwicklung	4
2.2 Entwicklung in NRW.....	9
2.3 Sozialpopulistische Agitation	16
3. Thesen zur Weiterentwicklung der AfD.....	19
Zu den Autoren.....	21

Summary

Die bevorstehenden Landtagswahlen Jahr 2022 sowie die in Kürze anstehende Entscheidung über die mögliche Einstufung und Bewertung der Partei Alternative für Deutschland (AfD) durch den Verfassungsschutz können deren künftige Entwicklung entscheidend beeinflussen.

In dem vorliegenden Diskussionspapier werden unter diesem Gesichtspunkt aktuelle Entwicklungen der AfD beschrieben und politisch eingeordnet. In einem ersten Schritt werden grundsätzliche parteipolitische Entwicklungen beschrieben und Bewertungen aus Forschung und Politik zusammenfassend dargelegt. In einem zweiten Schritt wird ein Einblick in die bundesweite Entwicklung der Partei sowie die politischen und personellen Veränderungen seit der Bundestagswahl 2017 gegeben und es werden Entwicklungen und Veränderungen des AfD-Landesverbandes seit der letzten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen in den Blick genommen. Hinsichtlich ihrer propagandistischen Ausrichtung wird ein analytischer Einblick in deren sozialpopulistische Agitation gegeben. Das Diskussionspapier schließt mit kompakten Thesen zum möglichen weiteren Entwicklungsgang der Rechtsaußenpartei.

1. Allgemeine Entwicklung und politische Einordnung

Die im Februar 2013 gegründete Partei Alternative für Deutschland (AfD) wird in der Parteien-, Politik- und Rechtsextremismusforschung mehrheitlich der rechtspopulistischen Parteienfamilie zugeordnet, wobei ihr zugleich rechtsextreme Merkmalsausprägungen zugesprochen werden. Die AfD entwickelte sich zunehmend zu einem neuen parteipolitischen Dach für unterschiedliche rechtsextreme Milieus und Bewegung

sowie zu einem neuen Betätigungsfeld von Aktivist*innen, die davor in anderen Parteien und Organisationen des heterogenen Rechtsaußenspektrums in Deutschland aktiv gewesen sind. Nach der Bundestagswahl 2017 zog sie als stärkste Oppositionspartei in den Deutschen Bundestag ein und ist bis zum aktuellen Stand (Februar 2022) bislang noch in allen deutschen Landesparlamenten und im Europaparlament vertreten.

Ihre politischen Wahlerfolge gründeten auf der rechtspopulistischen Besetzung zweier, für das Aufkommen neuer Rechtsaußenparteien günstigen, politischen Gelegenheitsfenster: der Euro-Debatte und der Sarrazin-Debatte. Als deutschnational orientierter Widerpart zum damaligen Diktum von Bundeskanzlerin Merkel – „Die Rettung des Euros ist alternativlos“ – kreierte die AfD ihren Parteinamen und besetzte damit erfolgreich eine politische Lücke. Zugleich verstand sich die AfD als politisch adäquate Partei zu den ausgrenzenden Thesen des ehemaligen Berliner Finanzsenators und Erfolgsbuchautors. Der damalige AfD-Parteivorsitzende Bernd Lucke lobte im rechten Querfrontmagazin Compact „das große Verdienst Sarrazins, mit seinem Buch auf wichtige Missstände in Deutschland hingewiesen zu haben“.¹

Die Partei stellt einen parteipolitischen Bezugspunkt dar für unterschiedliche politische Milieus rechts der Unionsparteien, die vom Nationalliberalismus über den Nationalkonservatismus bis in neurechte und völkisch-nationalistische, extrem rechts orientierte Kreise hineinreichen. Maßgeblichen Anteil an ihrer rechten Radikalisierung hat die inzwischen aufgelöste innerparteiliche Rechtsaußenformation Der Flügel mit deren politischer Leitfigur Björn Höcke, dem AfD-Landesvorsitzenden von Thüringen. Zudem ist die Partei als ein Ergebnis jahrzehntelanger neurechter Vorarbeit im vorpolitischen Raum sowie nationalkonservativer Radikalisierungsschritte zu interpretieren. Ein nicht unbedeutender Teil ihrer politischen Entscheidungsköpfe kommt aus dem früheren Berliner Kreis der Union. Mit dem inzwischen ausgetretenen Konrad Adam als damaligem

¹ Lucke, Bernd: Interview in: Compact 9/2013, unter: <http://juergensaesser.wordpress.com/2013/09/05/compact-interview-mit-bernd-lucke/#more-5822> (10.02.2022).

Parteigründungsmitglied, Alexander Gauland als aktuellem Ehrenvorsitzenden und Erika Steinbach als Vorsitzender der AfD-nahen Erasmus-Stiftung – alle drei ehemals mitwirkend im Berliner Kreis – zeigt sich die Bedeutung der Unionsabtrünnigen für den AfD-Wirkungskreis. Diese radikalisierten Konservativen bilden zugleich den weltanschaulichen Brückenkopf zur sog. Neuen Rechten und deren Think-Tanks und Publikationsorganen.

Die Neue Rechte sieht in der Partei ein Handlungsfeld zur realpolitischen Umsetzung ihrer politischen Vorstellungen. So erklärte der neurechte Vordenker Karlheinz Weißmann in der Wochenzeitung Junge Freiheit (JF): „Das nächste Ziel der Alternative für Deutschland ist die Organisation als ‚Volkspartei neuen Typs‘. In die müssen die Hauptströmungen – Volkskonservative, Hayekianer, Deutschradikale, Sozialpatrioten – eingeschmolzen werden.“²

Mit ihrer sogenannten Herbstoffensive 2015 leitete die Partei zugleich ihren völkisch-nationalistisch untermauerten Frontalangriff auf die deutsche multikulturell verfasste Einwanderungsgesellschaft ein: Einwanderung und multikulturelles Zusammenleben galten für die Partei fortan ebenso als politisches Grundübel wie die Politik der europäischen Vereinigung. Der AfD-Politiker Gauland bezeichnete diese Prozesse als „eine Politik der menschlichen Überflutung“. Laut Gauland sei diese Politik „der Versuch, das deutsche Volk allmählich zu ersetzen durch eine aus allen Teilen dieser Erde herbeigekommene Bevölkerung“.³

In einem Vortrag am 21. November 2015 beim neurechten Institut für Staatspolitik (IfS) definierte der Rechtsaußen-Frontmann Björn Höcke die AfD als „fundamentaloppositionelle Bewegungspartei“ (Höcke 2015). Mit ihrer flüchtlingsfeindlichen und rassistischen Mobilisierung leitete die AfD ihre aktive Bewegungsphase ein. Dadurch entwickelte sich die Partei

zunehmend zu einem politischen Dach für eine extrem rechte Bewegung auf der Straße. Der von der AfD Ende August 2018 organisierte Aufmarsch in Chemnitz nach einem Tötungsdelikt auf einem Stadtfest offenbarte dieses Zusammenwirken: Laut journalistischen Beobachtungen vollzog sich dort ein „Schulterschluss extrem rechter Gruppen aus ganz Deutschland“ als „Experimentierfeld für den Aufstand“.⁴ Jener Aufmarsch war zudem ein Ergebnis eines gemeinsamen Aufrufs von AfD-Politikern und dem Organisationsteam der Rechtsaußen-Protestformation Pegida. Im Zuge der Coronapandemie versuchte die AfD wiederum, durch politische Anbiederungen Anschluss an die neu entstandene Bewegung der Impfgegner*innen und Pandemieleugner*innen zu bekommen in der Hoffnung, daraus politisches Kapital schlagen zu können.⁵

Ihre rechte Radikalisierung hat zur Folge, dass die Partei von Verfassungsschutzämtern in Teilen als rechtsextremer Verdachtsfall geführt wird. Im Frühjahr 2020 wurde die AfD-Rechtsaußenformation Der Flügel vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft, woraufhin deren Protagonisten ihre Auflösung verkündeten. Auch die Jugendorganisation der AfD und ihre Landesverbände in Thüringen, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt werden von den Verfassungsschutzämtern als extremistisch eingeschätzt. Zwar ist die AfD bestrebt, ihre geheimdienstliche Einstufung als rechtsextrem zu verhindern. Doch der Einfluss ihrer extrem rechts gesinnten Mitglieder hat der Partei insgesamt einen entsprechenden politischen Kurs aufgedrückt, der ihr ein von allen Lagern mitgetragenes völkisch-nationalistisches Erscheinungsbild gibt. Für das Frühjahr des Jahres 2022 steht laut Presseberichten die gerichtliche Entscheidung an, ob gar die Gesamtpartei als Verdachtsfall für rechtsextreme Bestrebungen aufgeführt werden soll.

² Weißmann, Karlheinz: Disziplin ist gefordert, in: Junge Freiheit v. 16.03.2018.

³ Gauland, Alexander: Rede in Elsterwerda am 2. Juni 2016, in: FAZ v. 05.06.2016.

⁴ Campe, Ida/Mönch, Tim: Das Experimentierfeld für den Aufstand, in: der rechte rand online, <https://www.der-rechte->

[rand.de/archive/3620/chemnitz-experimentierfeld-aufstand/](https://www.der-rechte-rand.de/archive/3620/chemnitz-experimentierfeld-aufstand/) (10.02.2022).

⁵ Virchow, Fabian / Häusler, Alexander (2020): Pandemie-Leugnung und extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen. CoRE-NRW-Kurzgutachten 3. Bonn: CoRE. https://www.bicc.de/uploads/tx_bicctools/CoRE_Kurzgutachten3_2020.pdf (10.02.2022)

Seitens der Rechtsextremismus-, Politik- und Parteienforschung werden der AfD rechtsextreme Züge zugesprochen. Laut Rudolf Korte sei z.B. der Sprachduktus von Höcke „rechtsextrem völkisch“. Der Politiker verbreite „völkisches Gedankengut, wie es das in Deutschland schon mal in den 1920er- und 1930er-Jahren gegeben habe“.⁶ Gero Neugebauer deutet Höcke mit seinen Aussagen als „eindeutig rechtsextremistisch“.⁷ Oskar Niedermayer deutet die AfD „als nationalkonservative Partei mit Brücken zum Rechtsextremismus hin“⁸ und Armin Pfahl-Traughber charakterisiert die AfD „als eine (rechts-)extremistische Partei, zwar mit eher niedrigem Intensitätsgrad, aber eben als sehr wohl extremistisch“.⁹

Politisch lässt sich die Partei AfD durch den Begriff des völkisch-autoritären Populismus charakterisieren.¹⁰ Eine solche Charakterisierung beinhaltet die Feststellung, dass in der AfD sowohl rechtspopulistische wie zugleich auch autoritäre, völkisch-nationalistische und extrem rechte Merkmalsprägungen zur Geltung kommen. Die AfD ist rechtspopulistisch, weil sie eine spezifische Form von politischer Ansprache sowie entsprechende Mobilisierung politischer Leidenschaften betreibt, die auf Verunsicherung, Angst, Ressentiment und Wut basieren. So prangerte der inzwischen ausgestretene AfD-Bundes-Co-Vorsitzende Jörg Meuthen auf dem AfD-Bundesparteitag im April 2016 in Stuttgart in populistischer Manier an, er könne sich aufgrund der Zuwanderung nicht mehr sicher auf die Straße trauen, und leitete daraus die Forderung nach einem „Deutschland weg vom links-rot-grün versifften 68er-Deutschland“ ab.¹¹ Der Bundestagsabgeordnete Marc Jongen,

kulturpolitischer Sprecher der AfD bekundete als vorrangiges Ziel, „die Entsiffung des Kulturbetriebs in Angriff zu nehmen“.¹² Zudem weist die AfD autoritäre Merkmale auf, indem sie in rechtspopulistischer Manier ein Versprechen nach Ordnung(smacht) verkündet: „Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück“, verkündete der AfD-Vorsitzende Gauland am Abend des Einzugs in den Deutschen Bundestag.¹³ Auch der frühere AfD-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Uwe Junge – Oberstleutnant a.D. – offenbarte auf seinem Twitter-Account autoritaristische Vorstellungen von Selbstjustiz mit folgendem Bekenntnis: „Der Tag wird kommen, an dem wir alle Ignoranten, Unterstützer, Beschwichtiger, Befürworter und Aktivisten der Willkommenskultur im Namen der unschuldigen Opfer zur Rechenschaft ziehen werden! Dafür lebe und arbeite ich. So wahr mir Gott helfe!“¹⁴ Für Gauland stehen Identität und Nationales augenscheinlich über den Werten der Verfassung, da sie angeblich unveränderliche Lebensmerkmale darstellen: „Wir lieben nicht die Verfassung, wir lieben unser deutsches Volk. Aber wir wissen, dass die Verfassung richtig und nützlich ist und wir stehen für sie ein. Sie ist ein Kleid, das man verändern kann. Identität, Nationales, Kultur kann man nicht verändern. Sie ist uns angeboren und sie ist etwas, was wir alle zum Leben brauchen.“¹⁵ Populistische Ansprache und autoritäre Politikvorstellungen werden in der AfD verknüpft mit völkisch-nationalistischen Weltbildern. So postete z.B. der AfD-Politiker Thorsten Weiß, Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus, auf seiner Facebookseite in Bezug auf die prognostizierte Zunahme von Staatsbürgern mit Migrationshintergrund:

⁶ Korte, Karl-Rudolf: "Es ist eine Gratwanderung, ob die AfD es schafft". Interview. In: Deutschlandfunk v. 22.10.2015.

⁷ Neugebauer, Gero: „Neues Sprachrohr der Rechten“. AfD bald im Fadenkreuz des Verfassungsschutzes? Gero Neugebauer im Gespräch. In: Handelsblatt online v. 20.10.2015.

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/neues-sprachrohr-der-rechten-experte-sieht-hoecke-als-vertreter-eines-voelkischen-nationalismus/12479592-3.html>, (21.01.2021)

⁸ Niedermayer, Oskar: Debatte: Ist die Alternative für Deutschland eine rechtspopulistische Partei?

<http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240956/debatte-alternative-fuer-deutschland> (21.01.2021)

⁹ Pfahl-Traughber, Armin: Ist die AfD (rechts-)extremistisch? in: Blick nach rechts v. 23.03.2018. (12.05.2018)

¹⁰ Häusler, Alexander (2018): Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD, Hamburg.

¹¹ Meuthen, Jörg: Rede auf dem AfD Parteitag in Stuttgart vom 30.04.2016, https://www.youtube.com/watch?v=RqGEClcH8_0 (20.08.2018).

¹² Jongen, Marc: Facebookmeldung vom 23.01., <https://de-de.facebook.com/Dr.MarcJongen/> (28.08.2018).

¹³ Gauland, Alexander: Wir werden Merkel jagen. Wir werden uns unser Land unser Volk zurückholen, 24.09.2017, <https://www.youtube.com/watch?v=jOBj7Zrb-8I> (20.05.2018).

¹⁴ Junge, Uwe: Meldung auf Twitteraccount v. 29.12.2017, https://twitter.com/uwe_junge_md/status/946869602553925634?lang=de (05.02.2018).

¹⁵ Gauland, Alexander (2016b): Rede auf dem 2. Kyffhäusertreffen vom 04.06.2016, https://www.youtube.com/watch?v=d1m_atNKRn4 (20.05.2018).

„Die Regierung plant den Volkstod!“.¹⁶ Im revisionistischen Duktus bezeichnete der AfD-Rechtsaußen Höcke das Berliner Holocaust-Denkmal als „Denkmal der Schande“ und forderte eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“.¹⁷

Im Europaparlament zeigt die AfD ihre Zugehörigkeit zu den dort vertretenen rechtspopulistischen, nationalistischen und rechtsextremen Parteien: Gemeinsam u.a. mit der rassistischen italienischen Lega, der radikal rechten französischen Nationalen Sammlung (RN) und der ebenfalls radikal rechten FPÖ hat sich die AfD nach den Europawahlen 2019 der Rechtsaußenfraktion „Identität und Demokratie“ angeschlossen.

2. Die AfD im Bund und in NRW

2.1 Bundesweite Entwicklung

Gegründet im Frühjahr 2013 als eine Partei, der es vornehmlich um eine Kritik der Europäischen Union und insbesondere des Euro ging, durchlebte die AfD seither einen stetigen Prozess der Radikalisierung. Zu ihren ursprünglich dominierenden Standardthemen griff sie im Lauf der Jahre weitere Politikbereiche auf: ab Mitte des vorigen Jahrzehnts Asyl und Migration, später insbesondere den Klimaschutz und ab Mitte 2020 die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie.

Parallel zur inhaltlichen Radikalisierung verlor die AfD prominente Teile ihres Führungspersonals, das zum

Zeitpunkt des Ausscheidens auf der „gemäßigten“ Seite der parteiinternen Auseinandersetzungen¹⁸ verortet wurde. 2015 verließ Bernd Lucke, Mitbegründer und öffentlich präsenteste Figur, die Partei. 2017 trat die Ko-Vorsitzende Frauke Petry aus. Im Herbst 2021 kündigte mit Jörg Meuthen einer ihrer Bundessprecher an, nicht wieder für das Amt kandidieren zu wollen. Ende Januar 2022 verließ er schließlich die Partei. An den Wahlurnen zahlte sich die Rechtsverschiebung (zunächst) aus. Bei der Bundestagswahl 2017 baute die AfD ihren Stimmenanteil von 4,7 Prozent auf 12,6 Prozent aus. Bis 2018 gelang es ihr, in sämtliche 16 Landesparlamente einzuziehen. Bereits seit 2014 sitzen ihre Vertreter*innen im EU-Parlament. Seit 2020 freilich verzeichnete die AfD schrumpfende Wahlergebnisse, wobei der Rückgang in den westlichen Landesverbänden gravierender ausfiel.

Bei der Bundestagswahl 2021 kam sie nur noch auf 10,3 Prozent. Zugleich musste die AfD einen Rückgang der Mitgliederzahl hinnehmen.¹⁹ Von knapp 35.000 Mitgliedern Anfang 2020²⁰ waren ihr im Mai 2021 nur noch knapp 31.000²¹ geblieben.

Im Folgenden soll insbesondere die Entwicklung der Partei seit dem Herbst 2018 skizziert werden.

Die Ankündigung des Verfassungsschutzes im Spätsommer 2018, die AfD genauer in den Blick zu nehmen, führten intern zu heftigen Debatten über die geeignete Strategie sowie zur Einsetzung einer „Arbeitsgruppe“ zum Verfassungsschutz.²² Insbesondere das Lager rund um Meuthen empfand die Ankündigung der

¹⁶ Weiß, Thorsten: facebook-Eintrag vom 02.02.2018, <https://de-de.facebook.com/ThorstenWeissafd/> (05.02.2018).

¹⁷ Höcke, Björn: Dresdener Rede vom 17.01.2017, <https://www.youtube.com/watch?v=WWwy4cYRFIs> (05.02.2018).

¹⁸ Die in dieser Studie verwendeten Begriffe „gemäßigt“ und „moderat“ für Teile der AfD bedürfen einer Relativierung. Tatsächlich arbeiten auch „gemäßigte“ Teile der Partei wie Bundessprecher Meuthen international mit radikal rechten Parteien wie dem französischen Rassemblement National oder der niederländischen Partij voor de Vrijheid zusammen bzw. verwenden radikal rechte Argumentationslinien.

¹⁹ Allerdings befanden sich fast 3.400 Interessenten in der „Aufnahmewarteschleife“, erklärte die AfD. Zu Beginn der Corona-Pandemie habe es keine Aufnahmegespräche gegeben. Daher gebe es Verzögerungen. Zugleich hätten Landesverbände ihre Listen bereinigt und Mitglieder ausgeschlossen, die keine Beiträge gezahlt hätten, so die AfD.

²⁰ Tagesschau: Mitgliederschwund bei der AfD, 25.01.2021, https://www.tagesschau.de/inland/afd-partiemitglieder-rueckgang-101.html?fbclid=IwAR3spLJK-OKBo5h5VN52sJsaKryWlmcWXX__1x2Xd7Z67WQXOu3MnTliQ38 (11.12.2021)

Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland, Version 2020, https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsocz/team/ehemalige/Publikationen/schriften/Arbeitshefte/P-PMIT20_Nr_31.pdf (11.12.2021)

²¹ Alternative für Deutschland: Ergebnis der Mitgliederumfrage zum Spitzenduo, <https://www.afd.de/ergebnis-spitzenduo21/> (22.06.2021)

²² Alternative für Deutschland: AfD-Bundesvorstand setzt Arbeitsgruppe zum Thema Verfassungsschutz ein, 13.09.2018, <https://www.afd.de/afd-bundesvorstand-setzt-arbeitsgruppe-zum-thema-verfassungsschutz-ein/> (11.12.2021)

Verfassungsschützer als besondere Gefahr. Zum einen liefe eine vom Verfassungsschutz beobachtete Partei Gefahr, dass Wähler*innen sich abwenden könnten. Zudem drohten ihr massive Mitgliederverluste – zunächst unter jenen, die im öffentlichen Dienst arbeiten, später jedoch auch in weiteren Kreisen. Der Bundesvorstand setzte darauf, die juristische Auseinandersetzung mit dem Verfassungsschutz mit dem Versuch zu kombinieren, radikaler agierende Akteure zu einem disziplinierteren Auftritt, an den Rand der AfD oder sogar aus der Partei heraus zu drängen. Der Ton dem „Flügel“ gegenüber verschärfte sich. Im April 2020 wurde die Selbstauflösung der Gruppierung verlangt, kurz darauf die AfD-Mitgliedschaft ihres führenden Repräsentanten Andreas Kalbitz für nichtig erklärt. Treibende Kraft dabei war Jörg Meuthen, der zuvor durchaus auch die Nähe zu den radikaler auftretenden Teilen der Partei gesucht hatte.

Unumstritten war sein Kurs der Distanzierung nie. Seine parteiinternen Gegner befürworteten zwar ebenfalls eine juristische Auseinandersetzung mit dem Verfassungsschutz, hielten es aber für quasi unvermeidlich, dass die Partei ins Visier der Ämter geriet, und warnten davor, dass die AfD ihren Wesenskern aufgeben würde, wenn Maßstäbe der Sicherheitsbehörden in der Partei Einzug hielten. Der Streit über die richtige Strategie im Umgang mit dem Verfassungsschutz überlappte sich mit einem anderen Konfliktfeld. Dabei geht es um die strategische Orientierung der Partei grundsätzlich – um die Frage, was die AfD primär sein soll: vor allem Parlamentspartei oder eher „Bewegungspartei“, die die Arbeit in den Parlamenten mit dem Auftritt auf der Straße, bei Kundgebungen und Demonstrationen verbindet. Meuthen und mit ihm eine Mehrheit des bisherigen Bundesvorstands standen für das Konzept Parlamentspartei. Zu seinen Gegnern in dieser Frage zählten einerseits die Kräfte, die sich am formal aufgelösten „Flügel“ orientieren, aber auch jene Funktionäre, die nach den Maßstäben der AfD zwar zum „moderateren“ Teil der Partei zu rechnen sind,

²³ Phoenix: AfD Parteitag: Grundsatzrede von Bundessprecher Jörg Meuthen, 28.11.2020, <https://www.youtube.com/watch?v=NVQp8ZrRjH4> (22.06.2021)

gleichwohl jedoch fürchten, dass Meuthens Kurs zu einer Spaltung der AfD führen könnte.

Offenkundig wurden die tiefgreifenden Differenzen Ende 2020 bei einem Bundesparteitag in Kalkar. „Wir werden nicht mehr Erfolg erzielen, indem wir immer aggressiver, immer derber, immer enthemmter auftreten“, warnte Meuthen dort und kritisierte jene in der AfD, „die nur allzu gerne rumkrakeelen und rumprollen“ würden.²³ Unreife Mitglieder „bis hin zu hohen Mandats- und Amtsträgern“ würden sich verhalten „wie trotzig Pubertierende mit Lust an billiger, zuweilen regelrecht fleghafter Provokation, in der sie sich auch noch geradezu selbstverliebt gefallen“. Meuthen zeichnete das Bild einer Partei, die zu scheitern droht: „Entweder wir kriegen hier die Kurve, und zwar sehr entschlossen und sehr bald. Oder wir werden als Partei in keineswegs ferner Zukunft in ganz, ganz schwere See geraten und gegebenenfalls scheitern.“ Die AfD dürfe sich ihre parlamentarische Arbeit nicht „von denen kaputt machen lassen, die eher von Systemwechsel und außerparlamentarischer Opposition schwärmen“ würden. Mehr Sorgfalt empfahl Meuthen auch bei der Wahl von Bündnispartnern: Bei den „Querdenkern“ gebe es „nicht ganz wenige Zeitgenossen, deren skurrile, zum Teil auch offen systemfeindlichen Positionen und Ansichten den Verdacht nahelegen, dass bei ihnen tragischerweise noch nicht einmal das Geradeausdenken richtig funktioniert, geschweige denn echtes Querdenken“. Wohl nur in der Endphase der Ära Lucke hatte zuvor ein AfD-Parteichef öffentlich so schonungslos mit den Gegnern in den eigenen Reihen abgerechnet wie Meuthen bei diesem Parteitag. Ausdiskutiert wurden die Differenzen in Kalkar nicht. Zwar musste sich Meuthen teils äußerst scharfer Kritik erwehren²⁴ – aber: Unter den Delegierten konnte er eine – wenn auch nur knappe – Mehrheit hinter sich versammeln.

Der AfD-Ehrenvorsitzende Alexander Gauland betonte einige Tage später, die AfD solle auch als Sprachrohr für Protestgruppen in die nächsten Wahlkämpfe ziehen: „Wir sind eine Bewegungspartei, die auch Kontakt zu

²⁴ Roeser, Rainer: AfD: Albträume im Wunderland, blick nach rechts vom 30.11.2020, <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-albtr-ume-im-wunderland> (22.06.2021)

bestimmten Protestgruppen pflegen sollte. Das gilt für ‚Querdenken‘, aber auch für ‚Pegida‘ in Dresden oder für den Verein ‚Zukunft Heimat‘ aus Cottbus.“²⁵ Meuthen hingegen nannte die Bezeichnung Bewegungspartei irreführend.²⁶ Die AfD sei eine konservativ-freiheitliche Bürgerpartei. Sie vertrete im Parlament die Existenzsorgen vieler Menschen, ohne aber als parlamentarischer Arm der sehr heterogenen ‚Querdenker‘-Bewegung oder ähnlicher Bewegungen zu fungieren.²⁷

Meuthens Gegenspieler Björn Höcke konterte bei einer Veranstaltung eine Woche nach dem Parteitag.²⁸ Statt eine „Breitseite nach der anderen“ gegen die „Deutschlandabschaffer“ abzufeuern, habe sich Meuthen auf „nicht genehme Teile der eigenen Partei“ gestürzt, kritisierte er. „Was unsere Partei braucht, ist nicht der Applaus von denen, die uns aufs Schärfste bekämpfen, ja, die uns hassen“, tadelte Höcke seinen Parteichef: „Was unsere Partei nicht braucht, das ist der erhobene Zeigefinger eines Bundessprechers.“ Der AfD riet er einmal mehr, „nicht nur Parlamentspartei“, sondern „immer auch Bewegungspartei“ zu sein. Dank der „Querdenker“ sah er zusätzliche Chancen: „Eine neue, bunte Bürgeropposition formiert sich gerade.“ Zudem seien bei „Bürgerbewegungen [...] Stil- und Tonfragen in der prekären politischen Gesamtlage völlig sekundär“. Seinem Bundesvorstand attestierte Höcke „viel zu wenig Mut“ und „fehlende Souveränität“ im Umgang mit dem Verfassungsschutz, der zur „Oppositionsbekämpfung“ missbraucht werde. „Grundfalsch“ sei die „Defensivstrategie“ gegenüber der Behörde. Höcke: „Zugeständnisse werden uns nichts bringen.“

Bei der Gestaltung der Materialien zur Bundestagswahl, wie sie am Vorabend des Dresdner Parteitags Anfang April vorgestellt wurden, hatten sich offenbar jene Teile der Partei durchgesetzt, die moderatere Töne bevorzugen. „Deutschland. Aber normal“ sollte das Motto sein, das den Wunsch vieler Menschen nach jener Normalität, nach Sicherheit und Geborgenheit widerspiegeln sollte. Deutlich unterschied sich die Kampagnenplanung von den aggressiveren Slogans und Bildern, mit denen etwa der Landesverband Sachsen-Anhalt zur selben Zeit um Stimmen bei der dortigen Landtagswahl warb. Obendrein legte die Partei einen Programmwurf vor, der zwar wenig mit Normalität, Sicherheit und Geborgenheit zu tun hatte, der sich jedoch deutlich unterschied von Verbalradikalität und völkischen Tönen, die man aus manchen Wahlprogrammen auf Landesebene kannte. Besonders leicht angreifbare Formulierungen hatten die Autoren gleich ganz vermieden. Zum Beispiel im Kapitel zum Islam: Während die AfD in ihrem Programm zur Europawahl 2019 noch formuliert hatte: „Minarette sind als islamische Herrschaftszeichen ebenso zu verbieten wie der Muezzin-Ruf, nach dem es außer Allah keinen anderen Gott gibt“²⁹, hieß es nun, deutlich abgeschwächt: „Minarett und Muezzinruf sind mit einem toleranten Nebeneinander der Religionen, wie es die christlichen Kirchen praktizieren, nicht vereinbar“³⁰. Konterkariert wurden die Bemühungen um ein zwar rechtspopulistisches, aber doch (nach den Maßstäben der Partei) „moderateres“ Erscheinungsbild durch mehrere per Antrag geforderte³¹ Verschärfungen des Programms, für die sich unter den knapp 600 Delegierten des

²⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung: Gauland greift Meuthen an, 20.12.2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bewegungspartei-erhalten-gauland-greift-meuthen-an-17111393.html> (22.06.2021)

²⁶ Südwestrundfunk: AfD: Streit über Toleranz gegenüber Querdenkern, 21.12.2020, <https://www.swr.de/swraktuell/afd-streit-toleranz-100.html> (22.06.2021)

²⁷ Kamann, Matthias: Der Überlebenskünstler, Die Welt vom 25.12.2020, <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus223069880/AfD-Chef-Joerg-Meuthen-Der-Ueberlebenskuenstler.html> (22.06.2021)

²⁸ Björn Höcke: Björn Höcke in Höxter am 5.12.2020, 06.12.2020, <https://www.youtube.com/watch?v=bsPZ9zKlwPo> (22.06.2021).

²⁹ Alternative für Deutschland: Europawahlprogramm, https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2019/02/AfD_Europawahlprogramm_A5-hoch_RZ.pdf, S. 52 (11.12.2021)

³⁰ Alternative für Deutschland: Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag, https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf, S. 86 (11.12.2021)

³¹ Alternative für Deutschland: Antragsbuch zum 12. Bundesparteitag der AfD in Dresden, Stand 26. März 2021, https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2021/03/2021-03-26_Antragsbuch_Dresden_anonymisiert.pdf (22.06.2021)

Dresdner Parteitags Mehrheiten fanden. Einige der beschlossenen Änderungen³²:

- Erstmals wurde in einem Programm der Bundespartei ein „Dexit“ gefordert. „Wir halten einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft für notwendig“, beschlossen die Delegierten mit großer Mehrheit.
- Explizit nahm die AfD die Möglichkeit eines „Grenzzauns“ als Möglichkeit zum Schutz der deutschen Grenzen ins Programm auf.
- Bei der Migrationspolitik wollte sich die AfD fortan nicht mehr an Kanada oder Australien orientieren, sondern am weit restriktiveren Vorbild Japan.
- Während im Leitantrag ein Familiennachzug zu anerkannten Flüchtlingen „nur unter strengen Bedingungen“ befürwortet wurde, forderte die AfD im beschlossenen Programm die „Ablehnung jeglichen Familiennachzugs für Flüchtlinge“.
- Geleugnet wurde die Existenz eines Fachkräftemangels. Der „schädliche Einfluss wirtschaftlicher Partikularinteressen oder gar damit kaschierter antideutscher Ressentiments“ müsse beendet werden.

Neu ins Wahlprogramm wurde auch der Passus aufgenommen: „Die Pflicht zum Tragen einer Maske lehnen wir ab.“³³ In einer eigenen Resolution zur Corona-Politik forderten die Delegierten außerdem, „jedweden, auch indirekten, Zwang zur Durchführung von Tests, Impfungen, unter anderem durch Einführung

sogenannter Schnelltest-Apps und des grünen Impfpasses, sowie Benachteiligungen für Maskenbefreite zu unterlassen“.³⁴ „Den mündigen Bürgern“ solle „überlassen bleiben, in welchem Maße sie sich selbst schützen möchten“.

Anders als beim vorhergehenden Parteitag in Kalkar setzten sich diesmal Meuthens Gegner weitgehend durch.³⁵ Johanna E. Bongers und Helmut Kellershohn sahen in einem DISS-Journal einen Punktgewinn für das vormalige „Flügel“-Lager: „Auf dem Parteitag in Dresden verfolgte Björn Höcke die Strategie, den Bundessprecher Meuthen zwar nicht frontal anzugehen, etwa in Form eines Abwahantrages, sondern gezielt an bestimmten Programmpunkten die Position des offiziell aufgelösten ‚Flügels‘ einzubringen und per Abstimmung durchzusetzen.“³⁶ Als Niederlage Meuthens wurde auch das Ergebnis einer Online-Umfrage gewertet, bei der die AfD-Mitglieder ihre Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl bestimmen konnten. Mit rund 71 Prozent setzten sich Ko-Bundessprecher Tino Chrupalla und die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel durch. Für das von Meuthen unterstützte Konkurrenzduo Joana Cotar (Zweite der Landesliste in Hessen) und Joachim Wundrak (Spitzenkandidat der niedersächsischen AfD) votierten lediglich 27 Prozent.³⁷

Auch der Bundestagswahlkampf konnte die tiefgreifenden Differenzen in der AfD nicht überdecken.³⁸ Exemplarisch deutlich wurde dies, als Meuthen in einem TV-Interview auf Distanz zu mehreren „Flügel“-nahen Kandidat*innen seiner Partei ging und sogar offen ließ, ob er seine Erststimme im heimischen Offenburg dem dortigen AfD-Direktkandidaten geben werde.³⁹

³² Müller, Ann-Katrin: Offen radikal, Der Spiegel vom 13.04.2021, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-wahlprogramm-zeigt-wie-radikal-sie-wirklich-ist-a-a1abd1bd-b03b-47ea-894c-ba5de98251b6> (11.12.2021)

³³ Tagesschau: Radikal in den Wahlkampf, 12.04.2021, <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-parteitag-migration-corona-101.html> (22.06.2021)

³⁴ Alternative für Deutschland: Bundesparteitag in Dresden beschließt Corona-Resolution, 10.04.2021, <https://www.afd.de/bundesparteitag-in-dresden-beschliesst-corona-resolution/> (22.06.2021).

³⁵ Roeser, Rainer: AfD-Parteitag: Rüffel für Meuthen, Blog der Republik vom 11.04.2021: <https://www.blog-der-republik.de/afd-parteitag-rueffel-fuer-meuthen/> (22.06.2021)

³⁶ DISS-Journal. Sonderausgabe Nr. 4, <https://www.diss-duisburg.de/download/dissjournal-dl/DISS-Journal-Sonderausgabe-4.pdf>.(10.02.2022)

³⁷ Alternative für Deutschland: Ergebnis der Mitgliederumfrage zum Spitzenduo, <https://www.afd.de/ergebnis-spitzenduo21/> (22.6.2021).

³⁸ ZDF: Sommerinterview mit AfD-Chef Jörg Meuthen, 18.07.2021, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/sommerinterview-meuthen-afd-100.html> (11.12.2021)

³⁹ Badische Zeitung: Auch das noch: Meuthen und die Qual der Wahl, 20.07.2021, <https://www.badische-zeitung.de/auch-das-noch-meuthen-und-die-qual-der-wahl--203496822.html> (11.12.2021)

Schlagzeilen über mutmaßlich unsaubere Finanzgeschäfte der AfD, über ihre Verbindungen zu Ex-Mitgliedern extrem rechter Organisationen oder über Austritte bekannter Funktionäre störten zudem den Wahlkampf.

Nach der Bundestagswahl zeigte sich, dass das AfD-Ergebnis und seine Ursachen in den beiden großen Lagern der Partei höchst unterschiedlich bewertet werden. Chrupalla und Weidel⁴⁰ sprachen von einem „stabilen Ergebnis“.⁴¹ Weidel betonte, sie wolle sich das Ergebnis nicht schlechtreden lassen. Ihr Widerspruch richtete sich gegen Meuthen, der darauf verwiesen hatte, dass die AfD in alle Richtungen (außer zur Partei Die Linke) verloren habe. Zufriedenheit halte er für unangebracht, wenn die AfD ein Fünftel ihrer Stimmen verliere, so Meuthen. Mit Forderungen wie der nach einem Dexit habe man nur „sehr stark die eigene Blase bedient“. Es sei der AfD aber nicht gelungen, neue Wählerschichten zu erschließen, kritisierte Meuthen, der sich für „klare Signale in die bürgerliche Mitte“ aussprach. Insbesondere Weidel verwies auf die neue Konkurrenz, die der AfD erwachsen sei. Die „Freien Wähler“ legten gegenüber 2017 bei den Zweitstimmen um 1,4 auf 2,4 Prozent zu (NRW: 0,7 %); die erstmals antretende Partei „dieBasis“, entstanden im Umfeld der Straßenproteste gegen Anti-Corona-Regelungen, holte aus dem Stand 1,4 Prozent (NRW: 1,0 %).⁴²

Die AfD hatte am Wahltag in 13 Bundesländern Einbußen hinnehmen müssen.⁴³ Lediglich in Thüringen (plus 1,3 auf 24,0 %) konnte sie zulegen. In Sachsen-Anhalt (19,6 %) und im Saarland (10,0 %) hielt sie ihre Position. Klar überdurchschnittlich fielen die Verluste in Berlin

(minus 3,6 Prozentpunkte), Bayern (minus 3,4), Hessen und Bremen (jeweils minus 3,1) aus. In Sachsen (24,6 %) und Thüringen schnitt die AfD als stärkste Partei ab, in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg als zweit- und in Sachsen-Anhalt als drittstärkste. In den ostdeutschen Bundesländern erreichte die AfD etwas mehr als 19 Prozent, im Westen rund 8,2 Prozent.⁴⁴ Die vergleichsweise guten Ergebnisse im Osten stärken die Kräfte, die dem offiziell für aufgelöst erklärten „Flügel“ zugerechnet werden. „Dort, wo die AfD sich glaubhaft als echte Alternative zu den anderen Parteien präsentieren konnte, war sie überaus erfolgreich; doch dort, wo man bemüht war, sich den Altparteien anzugleichen, wurde das Vorschußvertrauen unserer Wähler verspielt“, erklärte Höcke.⁴⁵ Sein Thüringer Ko-Landessprecher Stefan Möller meinte, es wäre „gut, wenn man vom Osten lernt“.⁴⁶

Ein zentraler Grund für den Erfolg in Thüringen sei, dass man „kompromisslos für die eigene Linie“ eintrete. In einem Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung⁴⁷ mahnte er, die AfD solle nicht versuchen, sich an Milieus anzubiedern, die für sie nicht erreichbar seien – und spielte damit auf den Versuch Meuthens an, vormalige Unions- und FDP-Wähler für seine Partei zu gewinnen. Die AfD müsse sich auf die Menschen konzentrieren, die um ihren Platz in der Gesellschaft kämpften, sagte Möller. „Mit einem dezidiert wirtschaftsliberalen Kurs geht das nicht.“ Es brauche eine starke „sozialpatriotische“ Ausrichtung.

Coronabedingt verschob die AfD ihren für Dezember 2021 geplanten Bundesparteitag, bei dem Meuthen nicht erneut kandidieren wollte. Ende Januar 2022

⁴⁰ Bei der konstituierenden Sitzung der Fraktion wurden beide als Vorsitzende gewählt.

⁴¹ Phoenix: AfD zum Ergebnis der Bundestagswahl, 27.09.2021, <https://www.youtube.com/watch?v=9HYEcTGKCT0> (11.12.2021)

⁴² Der Bundeswahlleiter: Bundestagswahl 2021 – Ergebnisse, <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/bund-99.html> (abgerufen: 12.12.2021)

⁴³ Der Bundeswahlleiter: Bundestagswahl 2021 – Ergebnisse in Ländern und Wahlkreisen, <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse.html> (11.12.2021)

⁴⁴ Statista: So haben Ost und West gewählt, vom 29.09.2021, <https://de.statista.com/infografik/25874/zweitstimmenanteil-der->

[parteien-bei-der-bundestagswahl-2021-in-ost-und-westdeutschland/](https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse.html) (11.12.2021)

⁴⁵ Björn Höcke: Der Thüringer Weg setzt sich durch, 27.09.2021, <https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/posts/3038917003016232> (11.12.2021)

⁴⁶ Zeit Online: AfD auf dem Weg zur „Lega Ost“?, 27.09.2021, <https://www.zeit.de/news/2021-09/26/afd-bei-bundestagswahl-staerkste-partei-in-thueringen> (11.12.2021)

⁴⁷ Maksan, Oliver: Bei der AfD tobt nach der Wahl ein Richtungsstreit, Neue Zürcher Zeitung vom 27.09.2021, <https://www.nzz.ch/international/die-afd-triumphiert-im-osten-und-verliert-im-westen-ld.1647554> (11.12.2021)

erklärte er seinen Austritt aus der Partei.⁴⁸ Er räumte seine Niederlage im Machtkampf mit dem „Flügel“ ein. Der AfD attestierte er: „Das Herz der Partei schlägt heute sehr weit rechts und es schlägt eigentlich permanent hochfrequent.“ Teile der Partei stünden „nicht auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung“. Er sehe „ganz klar totalitäre Anklänge“. In einer ausführlichen Stellungnahme erklärte Meuthen, „große Teile der Partei und mit ihr etliche ihrer führenden Repräsentanten“ hätten sich für „einen immer radikaleren, nicht nur sprachlich enthemmteren Kurs, für politische Positionen und verbale Entgleisungen entschieden, die die Partei in vollständige Isolation und immer weiter an den politischen Rand treiben“.⁴⁹ Bei „nicht ganz wenigen Parteimitgliedern“ sei „immer wieder eine tiefe, auch verbal artikulierte Verachtung für Andersdenkende wie auch für die etablierten und bewährten Mechanismen der parlamentarischen Demokratie“ zu erleben. „Ich kann und werde diesen in das völlige politische Abseits führenden Kurs, der zuweilen etwas regelrecht Sektenartiges, weil nur die Meinung der eigenen Blase als einzige mögliche Wahrheit akzeptierend, an sich hat, aus Selbstachtung und Verantwortungsbewusstsein nicht mittragen.“ Er sehe „in dem politischen Projekt AfD als gesamtdeutsche Partei keine Zukunft mehr“.

2.2 Entwicklung in NRW

Schon seit seiner Gründung bestimmen Auseinandersetzungen über Stil und politischen Kurs das Bild der nordrhein-westfälischen AfD. Anfangs waren das Auseinandersetzungen zwischen ihrem ersten Landesvorsitzenden Alexander Dilger und seinem Stellvertreter Martin Renner. Dilger, Wirtschaftsprofessor in Münster, stand exemplarisch für das Image der „Professorenpartei“, das die AfD damals trug, und orientierte sich am damaligen Bundessprecher Bernd Lucke. Renner, Mitbegründer der Partei, stand für einen deutlich radikaleren Kurs.

Ab 2015 versuchte der Landesverband, beide Lager – „Gemäßigte“ und radikalere Kräfte – in einer Doppelspitze abzubilden, zunächst in einem Tandem Marcus Pretzell/Martin Renner, ab 2017 mit den Landtagsabgeordneten Helmut Seifen und Thomas Röckemann an der Spitze. Doch der Versuch scheiterte. In wichtigen Fragen war der Vorstand nicht handlungsfähig. Die Auseinandersetzungen kulminierten in einem Landesparteitag im Juli 2019 in Warburg, bei dem neun der zwölf Vorstandsmitglieder zurücktraten. Nachdem für wenige Monate ein „Flügel“-dominierter Rumpfvorstand die Geschicke des Landesverbandes geleitet hatte, sollte ein Landesparteitag im Oktober 2019 einen Neustart wagen. Gewählt wurde ein zwölfköpfiger Landesvorstand komplett ohne Vertreter:innen des „Flügels“. An der Spitze stand als alleiniger Landesvorsitzender der nicht durch frühere Auseinandersetzungen vorbelastete Bundestagsabgeordnete Rüdiger Lucassen.

Trotz aller Querelen und der nicht zu übersehenden programmatischen Schwächen – von den seit 2013 insgesamt 19 Landesparteitagen widmeten sich lediglich zwei schwerpunktmäßig inhaltlichen Fragen – gelang der AfD 2017 der Einzug in den Landtag. 16 Abgeordnete zählte die AfD anfangs, von denen allerdings drei – darunter der vormalige Landeschef und Fraktionsvorsitzende Marcus Pretzell – die Fraktion bereits im Herbst 2017 wieder verließen. Markus Wagner, seither an der Spitze der nur noch 13 Abgeordneten, versucht die Auseinandersetzungen, die die Landespartei prägen, aus der Arbeit der Landtagsfraktion herauszuhalten.

Schlagzeilen machte die Fraktion nur vier Mal:

- Gleich zu Beginn der Wahlperiode sorgte die vermutlich vom damaligen Fraktionschef Pretzell beförderte Idee, bei der Wahl des Ministerpräsidenten CDU-Kandidat Armin Laschet zu unterstützen,

⁴⁸Pittelkow, Sebastian; Riedel, Katja; Schmidt, Martin: Meuthen verlässt die AfD, tagesschau.de vom 28.01.2022, <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/afd-vorsitz-meuthen-101.html> (10.02.2022)

⁴⁹Meuthen, Jörg: In eigener Sache, vom 29.01.2022, <https://www.facebook.com/Prof.Dr.Joerg.Meuthen/posts/2151340415014652> (10.02.2022)

für massiven innerparteilichen Protest, sodass das Vorhaben schließlich fallengelassen wurde.⁵⁰

- Im Herbst 2017 verließen Pretzell und zwei weitere Abgeordnete Partei und Fraktion.⁵¹
- Im Sommer 2019 musste sich die AfD vorwerfen lassen, während einer Debatte über die Bergbaupolitik einen Eklat inszeniert zu haben.⁵² Die CDU attestierte der AfD Demokratieverachtung.
- Als rassistisch bewerteten Abgeordnete der anderen Parteien ein Malbuch, das die Fraktion Anfang 2019 hatte herstellen lassen und das bei einem ihrer „Bürgerdialoge“ erhältlich war. Nach massiver öffentlicher Kritik zog die AfD das Buch wieder zurück.⁵³ SPD-Fraktionschef Thomas Kutschaty warf der AfD vor, „Kinder mit ihrer menschenverachtenden Ideologie aufstacheln“ zu wollen.⁵⁴

Der Verfassungsschutz des Landes führt zwar nicht die gesamte Partei in seinem Bericht für 2020 auf, beschäftigt sich jedoch ausführlich mit dem „Flügel“, dem er in NRW rund 1.000 „Mitglieder/Anhänger/Unterstützer“ zurechnet.⁵⁵ In Nordrhein-Westfalen stelle er einen relevanten, jedoch nicht vorherrschenden Faktor im Landesverband der AfD dar. Der „Flügel“ beeinflusse die AfD rechtsextremistisch“. „Der Flügel als offiziell aufgelöste, jedoch weiterhin agierende Sammlungsbewegung innerhalb der Partei Alternative für Deutschland (AfD) ist der Personenzusammenschluss mit der größten Wirkungsmacht im parlamentsorientierten Rechts extremismus“, heißt es in dem Bericht. Seine ideologische Ausrichtung fokussiere sich im Wesentlichen auf

das völkische Konzept des Ethnopluralismus. Er knüpfe unmittelbar an den Entwurf einer ethnisch homogenen Gemeinschaft an, den die rechtsextremistische Neue Rechte vertrete. Diese Zielsetzung versuche er zu verschleiern und stelle sich selbst als vermeintliches Sprachrohr einer bürgerlichen Mitte dar. Es fänden sich zahlreiche Stellungnahmen, die eine völkisch-nationalistische Ideologie propagieren beziehungsweise fremden- und muslimenfeindlich seien. In Teilen propagiere er zudem ein revisionistisches Geschichtsbild. „Sein ethnisch homogener Volksbegriff, sein antiindividualistisches Menschenbild und seine darauf gründende Gegnerschaft zur gegenwärtigen politischen Ordnung sind in der Gesamtschau nicht mit der grundgesetzlich garantierten Menschenwürde, dem Demokratie- und dem Rechtsstaatsprinzip vereinbar.“

Nordrhein-Westfalen stellt mit rund 5.000 Mitgliedern den stärksten Landesverband in der AfD. (Niedermayer 2020: S. 19) Rund ein Sechstel der Delegierten des Bundesparteitags gehören ihm an. Gemessen an der Zahl der Einwohner (Rekrutierungsfähigkeit) freilich rangiert die NRW-AfD noch unter dem Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer, die wiederum hinter den ostdeutschen Ländern zurückbleiben. Auch elektoral schnitt die NRW-AfD bei Bundestags- und Europawahlen stets unterdurchschnittlich ab – zuletzt im September 2021, als die AfD bundesweit 10,3 Prozent erreichte, in NRW aber nur 7,3 Prozent.⁵⁶

Im Folgenden soll insbesondere die Entwicklung der NRW-AfD seit der „Entmachtung“ des „Flügel“-

⁵⁰ Löer, Wigbert: AfD wählt CDU-Mann? Probeabstimmung geht deutlich für Laschet aus, Stern vom 26.06.2017, <https://www.stern.de/politik/deutschland/afd-waehlt-cdu-mann--probeabstimmung-geht-deutlich-fuer-laschet-aus-7509084.html> (11.12.2021)

⁵¹ Fiedler, Maria: Petry und Pretzell – Freie Radikale, Der Tagesspiegel vom 28.09.2017, <https://www.tagesspiegel.de/politik/austritt-aus-der-afd-petry-und-pretzell-freie-radikale/20387466.html> (11.12.2021)

⁵² Pfitzner, Florian: Eklat im Landtag: AfD wiegelt Bergleute auf, Neue Westfälische vom 11.07.2019, https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/22505427_Eklat-im-Landtag-AfD-wiegelt-Bergleute-auf.html (11.12.2021)

⁵³ von Eisenhart Rothe, Yannick: Rassistisches AfD-Malbuch: „Satire“ als Rekrutierungsstrategie,

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-nordrhein-westfalen-rassistisches-malbuch-als-rekrutierungsstrategie-a-992fb999-535c-40c7-ab4f-472457267d78> (11.12.2021)

⁵⁴ ZDF heute: Landtag prüft Finanzierung - Hat die AfD für ihr Malbuch Geld veruntreut?, 19.02.2020, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/afd-malbuch-nordrhein-westfalen-100.html> (11.12.2021)

⁵⁵ Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen: Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2020, https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/VS_Bericht_NRW_2020.pdf (11.12.2021)

⁵⁶ Der Landeswahlleiter des Landes Nordrhein-Westfalen: Bundestagswahl 2021 - Endgültiges Ergebnis, <https://www.wahlergebnisse.nrw/bundestagswahlen/2021/aktuell/a000bw2100.shtml> (11.12.2021)

dominierten Rumpfvorstands im Herbst 2019 skizziert werden.

Bereits bei der Wahl der neuen Landesspitze war klar, dass ihre zentrale Aufgabe neben einer „Befriedung“ des Landesverbandes die Vorbereitung der Kommunalwahl 2020, der Bundestagswahl 2021 und der Landtagswahl 2022 sein würde. Dabei brachte bereits die Kommunalwahl im September 2020 einen Dämpfer. Landesweit kam die Partei lediglich auf 5,1 Prozent.⁵⁷ Das war zwar ein Plus von 2,6 Prozent gegenüber der Kommunalwahl 2014 – gehofft hatte der Landesvorstand freilich auf ein zweistelliges Ergebnis.⁵⁸ 186 Mandate konnte die AfD in den Räten der kreisfreien Städte und in den Kreistagen besetzen: mit 168 Männern und 18 Frauen. Hinzu kommen sieben Vertreter im Ruhrparlament: sechs Männer und eine Frau. 7,1 Prozent erreichte die AfD bei der Wahl zur Verbandsversammlung des Regionalverbands Ruhr.

Auch im Vorfeld der Kommunalwahlen hatte sich die AfD einmal mehr als zerstritten präsentiert.⁵⁹ Der von „Gemäßigten“ dominierte Bezirksverband Arnsberg zog die Liste für den Kreistag in Unna zurück, auf der sich „Flügel“-orientierte Kandidaten befanden. Im Gegenzug versuchte der „Flügel“-dominierte Bezirksvorstand Münster die Liste im Kreis Coesfeld zu canceln. Auf ihr standen zwei Ex-Mitglieder der Lucke-Partei LKR. In anderen Kreisen musste die Basis gleich zwei

Mal zusammenkommen, um Listen zustande zu bringen, die parteiintern akzeptiert wurden.

Dem AfD-Landesverband machte vor allem die dünne Personaldecke zu schaffen – was die Kandidatur „externer“ Kommunalpolitiker zur Folge hatte. In Aachen kandidierte Wolfgang Palm, der ehemalige „pro NRW“-Vizechef, für die AfD. Im Oberbergischen Kreis stand Udo Schäfer – früher für „pro NRW“ und „pro Deutschland“ aktiv – auf der Liste. In Porta Westfalica trat der ehemalige „Republikaner“-Funktionär Volker Marsch als AfD-Spitzenkandidat an. Einmal mehr lenkten die Neuzugänge des Jahres 2020 den Blick auf radikal rechtes Personal der NRW-AfD, das schon zuvor in der Landespartei bzw. ihrer Landesgeschäftsstelle, in den Kreisverbänden, ihrer Jugendorganisation „Junge Alternative“ (JA) oder für ihre Fraktion tätig war. Beispielhaft dafür stehen der ehemalige „pro Deutschland“-Funktionär Markus Wiener, der eine Anstellung bei einem Landtagsabgeordneten fand⁶⁰, Partei-Mitarbeiter Tim Beuter⁶¹, der Leverkusener Kreisvorsitzende Yannick Noé, der Gründer des neurechten „Lifestyle“-Magazins „Arcadi“⁶², sowie der AfD- und JA-Funktionär Nils Hartwig aus dem Kreis Unna⁶³. Hatte bereits die Vorbereitung der Kommunalwahl in manchen Regionen die internen Konflikte verschärft, kam es wenige Monate nach dem Urnengang zum offenen Bruch im Landesvorstand.⁶⁴ Etwas mehr als ein Jahr nach seiner

⁵⁷ Der Landeswahlleiter des Landes Nordrhein-Westfalen: Kommunalwahlen 2020 - Endgültiges Ergebnis, <https://www.wahlergebnisse.nrw/kommunalwahlen/2020/aktuell/a000000kw2000.shtml> (11.12.2021)
Roeser, Rainer: AfD: Wahlschlappe in NRW, blick nach rechts vom 14.09.2020, <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-wahlschlappe-in-nrw> (11.12.2021)

Roeser, Rainer: AfD: Umfragen verheißen nichts Gutes, blick nach rechts vom 10.09.2020, <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-umfragen-verhei-en-nichts-gutes> (11.12.2021)

⁵⁸ Kölner Stadt-Anzeiger: Kommunalwahlen: AfD will „zweistelliges“ Ergebnis erzielen, 18.01.2020, <https://www.ksta.de/nrw/kommunalwahlen--afd-will--zweistelliges--ergebnis-erreichen-33764114> (11.12.2021)

⁵⁹ Roeser, Rainer: Weiße Flecken auf der Landkarte, blick nach rechts vom 16.07.2020, <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-wei-e-flecken-auf-der-landkarte> (11.12.2021)

⁶⁰ Ruhrbarone: Ehemaliger Pro-Funktionär nun in Diensten von AfD Landtagsabgeordnetem, 25.07.2019, <https://www.ruhrbarone.de/ehemaliger-pro-funktionaer-nun-in-diensten-von-afd-landtagsabgeordnetem/171378> (11.12.2021)

⁶¹ Petter, Jan und Laufer, Daniel: Das Versteckspiel – Wie AfD-Mitarbeiter mit Copy-Paste-Propaganda um junge Leute werben, Der Spiegel vom 21.04.2020, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/fritzfeed-afd-mitarbeiter-aus-nordrhein-westfalen-werben-verdeckt-um-jungemenschen-a-37289f38-0617-449d-a868-0b1e1b6acd5e> (11.12.2021)

⁶² Wehler, Marita: AfD-Funktionäre unterstützen offenbar Identitäre Bewegung in NRW, Correctiv vom 16.08.2018, <https://correctiv.org/ruhr/2018/08/16/afd-funktionaere-unterstuetzen-offenbar-identitaere-bewegung-in-nrw/> (11.12.2021)

⁶³ Kohues, Kevin: AfD: Stellvertretender Sprecher kommt aus der Identitären Bewegung, Hellweger Anzeiger vom 06.09.2021, <https://www.hellwegeranzeiger.de/kreis-und-region/afd-stellvertretender-sprecher-kommt-aus-der-identitaeren-bewegung-w1671564-p-1000455826/> (11.12.2021)

⁶⁴ Roeser, Rainer: Aus dem Verborgenen neuen Unfrieden gesät, blick nach rechts vom 02.02.2021, <https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/aus-dem-verborgenen-neuen-unfrieden-ges-t> (11.12.2021)

Wahl zum Landeschef kündigte Lucassen per Mail das Bündnis mit einem gewichtigen Teil derer auf, die sich „gemäßigt“ geben und ohne deren Unterstützung er nicht an die Spitze der NRW-AfD gelangt wäre. Adressat seiner Mail war der Bochumer Kreisvorsitzende Markus Scheer. Er ist seit Jahren der wohl wichtigste Netzwerker im Lager der moderateren Kräfte im Landesverband und hatte Medienberichten zufolge zuvor Lucassen seine Unterstützung für eine Spitzenkandidatur bei der Bundestagswahl versagt. Lucassen antwortete mit Vorwürfen: Er habe darauf vertraut, „dass Du Dich aus lauterer Motiven mit mir für einen gemeinsamen Kurs in unserer Partei einsetzt“, schrieb Lucassen: „In meiner jetzt 16-monatigen Amtszeit als Landessprecher hat sich das leider als Irrtum herausgestellt.“ Scheer und sein Umfeld würden „aus dem Verborgenen neuen Unfrieden säen“. Er, Lucassen, sehe „keine Grundlage mehr für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit“.

Das Zerwürfnis hatte zwei erkennbare Ursachen. Zum einen war Lucassen wegen eines gemeinsamen Auftritts mit Björn Höcke bei einer Veranstaltung Anfang Dezember 2020 in Höxter unter Druck geraten.⁶⁵ Deutlich fiel die Kritik aus jenem Teil seiner „gemäßigten“ Basis aus, der ausschließlich auf Konfrontation setzte. Die Befürworter des Auftritts sprachen hingegen von Schadensbegrenzung: Man wolle Höcke in Höxter nicht die Bühne alleine überlassen. Zum anderen machte sich bei den Wortführern der „Gemäßigten“ die Erkenntnis breit, dass ihr Landesvorstand zwar ohne Exponenten des „Flügels“ auskam, radikaleres Gedankengut dort aber gleichwohl zu finden war.⁶⁶ Insbesondere Matthias Helferich, einer der anfangs drei stellvertretenden Landesvorsitzenden, stand dabei für jene, die mit dem „Flügel“ verbal nichts zu tun haben wollen, sich politisch jedoch nicht sehr von ihm unterscheiden.

Als unzuverlässig musste Helferich den „Gemäßigten“ spätestens erscheinen, als er vor dem Landesparteitag

im Januar 2020 einen Antrag zur „Schaffung einer neuen Landesverbandskultur“ vorlegte. Die „Marler Erklärung“ und ihre Begründung, verfasst von Helferich und dem stellvertretenden JA-Landesvorsitzenden Tim Csehan, beschwor als Ziele die „Rettung unserer Heimat“, die „Rettung Deutschlands in der von uns geliebten Form“ oder den Erhalt der „nationalen Identität“, die „so wie Stamm oder Volk dabei ein tief verwurzelt menschliches Grundbedürfnis“ erfülle. Jene „Gemäßigten“ empörte vor allem, dass Helferich anders als sie selbst die offene Konfrontation mit den „Flügel“-Kräften eben nicht suchte. Ohne die von „Moderaten“ gewünschte einseitige Schuldzuweisung monierten Helferich und Csehan, in NRW fühlten sich „verschiedene Protagonisten unterschiedlicher Lager dazu berufen, ihre persönlichen Befindlichkeiten und halbgenährten Wahrheiten über unseren gemeinsamen Auftrag zu stellen“. Im Landesverband würden „manche“ glauben, „zuvörderst politreligiöse Grabenkriege im Innern führen zu müssen“. Das ging gegen frühere Repräsentanten des „Flügels“ in NRW – aber eben auch gegen einige, die sich „bürgerlich“ geben.

Statt eine Abspaltung von unliebsamen Teilen der Partei zu befürworten, beschrieb das Duo Helferich/Csehan seine Wunsch-AfD als „Mosaik bürgerlicher, liberal-konservativer, libertärer, souveränistischer, nationalkonservativer und rechtsintellektueller Kräfte, die im Rahmen der Freiheitsordnung unserer Verfassung für ihre Heimat gemeinsam zu streiten bereit sind“. „Seit‘ an Seit‘“ müssten „Mitglieder, die von einem in ihrer Lesart grundsätzlich-widerständigen Glutkern der Partei beflügelt sind, und auf Sachlichkeit ausgerichtete Realpolitiker“ auftreten. „Mancherorts mag aufgrund eines entsprechend vorfindbaren Kollektivbewusstseins ein fundamentaloppositioneller Kurs besser verfangen. Anderswo rät es sich, etwas bedächtiger vorzugehen, um die Gemütslage der Landsleute

⁶⁵ AfD Höxter und AfD NRW: 30 Jahre Wiedervereinigung - Opposition in Ost und West, <https://www.facebook.com/events/3316529015082975/> (11.12.2021)

⁶⁶ Roeser, Rainer: Mit Gedröhn und Geschwurbel – die Ambitionen von Matthias Helferich in der AfD, Nordstadtblogger vom 07.02.2021, <https://www.nordstadtblogger.de/hintergrund-mit-gedroehn-und-geschwurbel-die-ambitionen-von-matthias-helferich-in-der-afd-dortmund/> (11.12.2021)

bestmöglich aufzugreifen und sie einer parlamentarischen Entsprechung zuzuführen.“

Dass er die finanzielle und organisatorische Unterstützung des Landesvorstands für die Lucassen-Höcke-Veranstaltung in Höxter vorangetrieben hatte, wurde Helferich ebenso vorgeworfen wie seine Positionierung zum Verfassungsschutz. Der VS sei eine „eine rechtspolitische Fehlkonstruktion“ und nicht reformierbar, erklärte der Dortmunder. Und weiter notierte er auf seiner Facebookseite: „Die Abschaffung des Verfassungsschutzes ist längst überfällig.“⁶⁷ Damit handelte er sich einmal mehr intern Ärger ein. Vor allem, weil er seine Auflösungsforderung mit dem Hinweis versah, er, Helferich, sei „VS-Beauftragter der AfD NRW“. Für die Bochumer Landtagsabgeordnete Gabriele Walger-De-molsky war es ein „unüberlegter Post“. Petra Schneider, wie Helferich seinerzeit noch Mitglied im Landesvorstand, wurde deutlicher: Eine „dämliche Vorlage“ nannte sie Helferichs Vorstoß. Auf Distanz ging auch Helferichs damaliger Ko-Landesvize Michael Schild: Er sprach von einer „reinen Einzelmeinung. Vollkommen unabgesprochen im LaVo“.

Ungewohnte Fronten taten sich im Landesverband zu Beginn des Jahres 2021 auf, als es an die Vorbereitung der Bundestagswahl ging. Hatten zuvor die Auseinandersetzungen zwischen „Flügel“ und „Gemäßigten“ das Bild geprägt, so schieden sich nun die Meinungen vor allem an den Personen Lucassen und Helferich, die zu diesem Zeitpunkt im zwölfköpfigen Landesvorstand knapp in die Minderheit geraten waren.⁶⁸ Vor einer Landeswahlversammlung im April 2021 in Siegen

kursierten unterschiedliche Empfehlungslisten für potenzielle Bundestagskandidaten. Zwei wurden öffentlich bekannt⁶⁹: einerseits eine aus Lucassens Lager, mit dem Landesvorsitzenden an der Spitze und Helferich auf Platz 4, sowie eine konkurrierende Favoritenliste, hinter der sich eine höchst disparate Anhängerschaft versammelte: rabiante „Flügel“-Gegner neben glühenden „Flügel“-Anhängern. Einig waren sich beide Gruppen nur in der Gegnerschaft zu ihrem Landeschef (und damit auch zu Helferich). Am Ende setzte sich bei dem Parteitag Lucassen durch.⁷⁰ 264 Delegierte stimmten bei der Wahl des Spitzenkandidaten für den Verteidigungspolitiker, der dem Bundestag bereits seit 2017 angehört, 230 für seinen Gegenkandidaten und Parlamentskollegen Harald Weyel. Für die ersten 20 Listenplätze wurden Kandidat*innen gewählt – 18 Männer und zwei Frauen –, darunter zehn Politiker, die dem Bundestag bereits angehörten, sowie ein Landtagsabgeordneter.⁷¹ Vertreter*innen der „Gemäßigten“ werteten die Veranstaltung als Niederlage. Auf den vorderen Plätzen fanden sich mit Kay Gottschalk und Jörg Schneider nur zwei Politiker wieder, die zuvor offensiv die Auseinandersetzung mit dem „Flügel“ gesucht hatten. Lucassens Gegenkandidat Weyel kam erst auf Listenplatz 9 zum Zuge.

Kurz nach dem Parteitag erklärte Martin Schiller, einer der stellvertretenden Landesvorsitzenden, seinen Austritt aus der AfD.⁷² „Die tiefen Gräben innerhalb der Partei haben sich vertieft und die hoffnungslose Zerstrittenheit hat sich zudem verstärkt“, erklärte Schiller, der erfolglos für einen aussichtsreichen Platz auf der Liste kandidiert hatte. Das „bürgerliche Lager“ spiele

⁶⁷ Helferich, Matthias: Doppelstandards, Diffamierung der demokratischen Opposition und Regierungsschutz, 19.01.2021, <https://www.facebook.com/helferich.afd/posts/3750191015069838> (11.12.2021)

⁶⁸ Roeser, Rainer: Einen AfD'ler aus Dortmund zieht es in den Bundestag: Matthias Helferich macht sich auf den Weg nach Berlin, Nordstadtblogger vom 18.05.2021, <https://www.nordstadtblogger.de/einen-afdler-aus-dortmund-zieht-es-in-den-bundestag-matthias-helferich-macht-sich-auf-den-weg-nach-berlin/> (11.12.2021)

⁶⁹ Abakus News: #AFD-#NRW: Im #Landesverband soll für den #Bundestag gewählt werden #Kalkar sagt ab, es kursieren bereits wieder „Listen“, 20.02.2021, <https://abakusdotnews.wordpress.com/2021/02/20/afd-nrw-im-landesverband-soll-fur-den-bundestag-gewahlt-werden-kalkar-sagt-ab-es-kursieren-bereits-wieder-listen/> (11.12.2021)

⁷⁰ Roeser, Rainer: Machtkämpfe in der AfD, blick nach rechts vom 17.05.2021, <https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/machtkampfe-in-der-afd> (11.12.2021)

⁷¹ AfD Landesverband NRW: Bundestagswahl 2021: Landesliste der AfD NRW offiziell zugelassen, <https://afd.nrw/aktuelles/2021/07/bundestagswahl-2021-landesliste-der-afd-nrw-offiziell-zugelassen/> (11.12.2021)

⁷² Dietrich, Nils: AfD-Ratsherr Martin Schiller verlässt die Partei, Die Wiedertäufer aus dem Mai 2021, <https://wiedertaeufer.ms/afd-ratsherr-martin-schiller-verlaesst-die-partei/> (11.12.2021)
WDR: AfD-Politiker Martin Schiller aus Münster erklärt seinen Austritt aus der Partei, 25.05.2021, <https://www1.wdr.de/nachrichten/westfalen-lippe/Martin-Schiller-AfD-Austritt-100.html> (11.12.2021)

nur noch eine untergeordnete Rolle, klagte er. Mit seiner mittelstands- und wirtschaftspolitischen Schwerpunktsetzung habe er nicht punkten können – im Gegensatz zur innerparteilichen Konkurrenz mit ihren „völkischen Maximalforderungen“. Schillers Prognose für die weitere Entwicklung der AfD: „Eine weitere Verpöbelung, eine weitere Radikalisierung der Partei wird stattfinden.“ Ein weiterer Abgang sollte schon bald folgen. Im Sommer zog sich Beisitzerin Petra Schneider aus dem Vorstand zurück. Massiv gestört wurde der AfD-Wahlkampf, als der WDR im Juli 2021 über Chat-Auszüge Helferichs berichtete, die offenbar aus den Jahren 2016 und 2017 stammen.⁷³ Demnach schrieb er zu einem Foto von sich mit AfD-Flyer in der Hand: „das freundliche gesicht des ns“. Zu einem Foto, das eine Vase mit einer blauen Kornblume zeigt, notierte Helferich: „Die kornblumen: geheimes symbol der nationalsozialisten während des verbots in österreich.“ Er züchte sie im Garten, ließ er seinen Gesprächspartner wissen. Mit jener Kornblume verbinde ihn die Erinnerung an „die Erschießung der österreichischen Staatsführung“. Über einen Landeskongress der AfD-Nachwuchsorganisation „Junge Alternative“ – war zu lesen, er, Helferich, habe dort „den ‚demokratischen Freisler‘ geben“ wollen.

Nicht zuletzt, um Helferich massiv zu schaden, hatte ein Aachener AfD-Funktionär, der ehemals eine wichtige Rolle im NRW-„Flügel“ spielte, dessen Zitate ans Tageslicht gebracht. Bundessprecher Meuthen wollte mit einem Ausschlussverfahren reagieren. Doch der Bundesvorstand verweigerte ihm mit sechs zu acht Stimmen die Gefolgschaft. Stattdessen startete er lediglich ein Schiedsgerichtsverfahren, das auf eine Amtsenthebung und eine zweijährige Ämter Sperre

abzielt.⁷⁴ Erstmals in einer wichtigen Frage verweigerte ein Teil seiner Anhänger im Bundesvorstand Meuthen die Gefolgschaft. Und auch in der Landesspitze hinterließ der Fall tiefe Spuren. Landesvize Schild warf dem mit Helferich verbündeten NRW-Vorsitzenden Lucassen quasi vor, bei der Mafia in die Lehre gegangen zu sein: Lucassen habe im Landesvorstand in der Angelegenheit Helferich⁷⁵ „das Gesetz der ‚Omertà‘“ befohlen. Als Misserfolg erwies sich die „Kandidatentour NRW“, mit der der Landesverband seine Bewerber für ein Parlamentsmandat in zahlreichen Orten präsentieren wollte. Nicht selten blieben Organisator*innen, Kandidat*innen und örtliche Mitglieder unter sich.⁷⁶ Besser besucht waren lediglich die Auftaktveranstaltung des Wahlkampfes Mitte August in Neheim, eine Kundgebung in Recklinghausen (beide mit Bundessprecher Chrupalla) sowie eine Veranstaltung der Paderborner AfD, an der unter anderem Björn Höcke teilnahm.

Nur wenige AfD-Politiker aus NRW wagten sich in den ersten Tagen nach der Wahl an ausführlichere Bewertungen des Ergebnisses. Wenn sie es aber doch taten, kamen sie zu Folgerungen, die angesichts ihrer bisherigen Positionierungen erwartbar waren: Lucassen plädierte für einen Verzicht auf Doppelspitzen bei Fraktion und Partei sowie für einen Wechsel zu einer Eierspitze; der ehemalige „Flügler“ Blex lobte die Ergebnisse der ostdeutschen Landesverbände; und der Vorsitzende der „Jungen Alternative“ (JA), Carlo Clemens aus Bergisch Gladbach, der für den NRW-Landtag kandidiert, forderte jüngere Kandidat*innen der Partei. Lucassen sah mit dem Wahlergebnis lediglich „das Minimalziel unserer Partei“ erreicht.⁷⁷ Eine Million Stimmen bzw. 20 Prozent der Wähler verloren zu haben, sei

⁷³ Gill, Cosima und Löer, Wigbert: Nazi-Affäre belastet AfD-Landesvize in NRW, WDR vom 11.07.2021, <https://www1.wdr.de/nachrichten/chat-aussagen-afd-landesvize-helferich-100.html> (11.12.2021)

⁷⁴ Roeser, Rainer: Intrige als Parteiprinzip der AfD: „Causa Helferich“ endet mit einem tiefblauen Auge – aber ohne Ausschluss, Nordstadtblogger vom 16.08.2021, <https://www.nordstadtblogger.de/die-intrige-als-parteiprinzip-der-afd-die-causa-helferich-endet-mit-einem-tief-bauen-auge-aber-ohne-ausschluss/> (11.12.2021)

⁷⁵ Der neuen Bundestagsfraktion wird Helferich nicht angehören. Nach stundenlanger kontroverser Diskussion erklärte er seinen

Verzicht auf die Mitgliedschaft. Zahlreiche Abgeordnete hatten ihn spüren lassen, dass sie ihn nicht in ihren Reihen haben wollen.

⁷⁶ Eine Einschätzung, die offenbar auch Markus Wagner, der AfD-Fraktionsvorsitzende im Landtag, teilt: WDR: Schafft es die NRW-AfD über fünf Prozent, Markus Wagner?, 18.11.2021, <https://www1.wdr.de/mediathek/audio/rheinblick/audio-schafft-es-die-nrw-afd-ueber-fuenf-prozent-markus-wagner-100.html> (11.12.2021)

⁷⁷ Rüdiger Lucassen: Partei und Fraktion nach der Wahl: Jetzt müssen Taten sprechen!, 01.10. 2021, <https://www.facebook.com/ruedigerlucassenmdb/photos/4255519061231905/> (11.12.2021)

„ein ernstes Alarmsignal“. Gewählte Funktionäre, so Lucassen, müssten Verantwortung übernehmen. Diese Verantwortung sei nicht teilbar. Lucassen: „Im Jahre Neun unserer Gründung sollten wir uns langsam von Doppelspitzen verabschieden. Sie führen meist zu Verantwortungsdiffusion und sind nicht selten Ausgangslage für Streit.“ Blex sprach von einem „Rückschlag“, betonte aber auch aus seiner Sicht erfreulichere Seiten des Ergebnisses: „Auf Bundesebene kann man hier als positives vielleicht mitnehmen, dass wir bei den Erststimmen deutlich weniger verloren haben als bei den Zweitstimmen, was darauf hindeutet, dass unsere verbliebenen Wählerschaft, die 2017 zu großen Teilen noch aus Protestwählern bestand, heute zu einem deutlich höheren Anteil aus überzeugten Stammwählern besteht, die mit beiden Stimmen AfD wählen.“⁷⁸ Er betonte, die AfD habe im Vergleich zu 2017 in Ostdeutschland nur 93.427 der Zweitstimmen (5,5 %) verloren, im Westen hingegen 982.591 (23,4 %). Die Ergebnisse in den ostdeutschen Landesverbänden würden darauf hindeuten, „dass wir dort auch strategisch unseren Weg gefunden haben und gut aufgestellt sind“. Anders im Westen: „Hier haben wir noch keine gute Strategie gefunden, um neue Wähler von uns zu überzeugen oder zumindest alte zuverlässig an uns zu binden.“ Clemens meinte, die AfD dürfe „nicht den Anspruch verlieren, Volkspartei zu sein. Deshalb braucht es auch klare Angebote für eine abstiegsbedrohte und heimatverbundene sozioökonomische ‚Mitte‘“.⁷⁹ Protest- und Nichtwähler seien diffus, schwer adressierbar und noch schwerer zu halten. Vom Corona-Protest habe die AfD zum Beispiel kaum profitiert, so Clemens. Für problematisch hielt er, dass der Partei keine Problemlösungskompetenz zugetraut werde. Die AfD benötige „weniger Trotz und Reflex, mehr straffes Agendasetting!“. Clemens: „Wo sind unsere ausgearbeiteten Konzepte für eine wertschaffende, gleichzeitig absichernde soziale Marktwirtschaft, für eine günstige

und umweltfreundliche Energieversorgung durch Kernenergie, für präventive Klimawandelanpassung als Alternative zu globalem Weltrettungsfanatismus, für eine EWG 2.0 als geopolitische Alternative zur EU, für eine Renaissance der Ausbildungsberufe gegen den Akademisierungswahn, für Breitband- und Mobilfunkausbau, für freie Mobilität auf dem Lande und schöne Architektur in den Städten?“. Zudem brauche die AfD „ein sympathischeres Kandidatenfeld“, perspektivisch „einen Generationenwechsel und ein Bewusstsein für mehr Durchmischung (keine Quote!)“. Derweil trat mit Michael Schild ein weiterer Landesvize zurück.⁸⁰ „Die AfD ist fest im Randspektrum angekommen und wirkt jetzt sogar als Stabilisator der Verhältnisse, als identifizierbares Sammelbecken der Unzufriedenen, aber ohne Machtoption“, begründete er seinen Schritt, den er mit Warnungen vor Lucassens weiteren Machtambitionen verband.

Als Spitzenkandidat der AfD bei der Landtagswahl im Mai tritt der bisherige Fraktionschef Markus Wagner an.⁸¹ Die Delegierten einer Landeswahlversammlung in Essen wählten ihn Ende Oktober 2021 auf den ersten Platz ihrer Landesliste. Gegen einen landespolitisch völlig unerfahrenen Konkurrenten erhielt Wagner allerdings nur 258 von 496 Stimmen (52 %). Auf den nächsten fünf Plätzen folgen Politiker, die derzeit dem Landtag bereits angehören: der Gesundheitspolitiker Martin Vincentz, der 96 Prozent der Stimmen erhielt, der Parlamentarische Geschäftsführer Andreas Keith, der als Wortführer der „Gemäßigten“ auftretende Christian Loose, der erst im dritten Wahlgang knapp gewählt wurde, der Ex-„Flügel“-Vertreter Christian Blex sowie Sven Tritschler. Erste Frau auf der Liste ist Enxhi Seli-Zacharias auf Platz sieben. Insgesamt finden sich nur zwei Frauen auf der 23-köpfigen Landesliste. Bei der Neuwahl des Landesvorstands trat Rüdiger Lucassen nicht wieder an. Er begründete dies offiziell mit einem

⁷⁸ Christian Blex: Ehrliche Analyse des Wahlergebnisses: Im Westen müssen wir noch die richtige Strategie finden, 28.09.2021, <https://www.facebook.com/Dr-Christian-Blex-750682865004850/photos/6123580674381682> (11.12.2021)

⁷⁹ Carlo Clemens: Die AfD hat ein Imageproblem!, 27.09.2021, <https://www.facebook.com/CarloClemensAfD/photos/399493955076012> (11.12.2021)

⁸⁰ Löer, Wigbert: AfD-Landesvize Schild tritt zurück, WDR vom 21.10.2021, <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/afd-nrw-schild-ruecktritt-100.html> (11.12.2021)

⁸¹ Ullrich, Christoph: Markus Wagner Spitzenkandidat für die Landtagswahl, WDR vom 23.10.2021, <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/afd-liste-landtagswahl-nrw-100.html> (10.02.2022)

„erforderlichen Generationenwechsel und eine[r] Verjüngung in unserer Partei“.⁸² Sein Nachfolger wurde der Landtagsabgeordnete Martin Vincentz, der bereits bei der Nominierung der Liste für die Wahl des Düsseldorfer Parlaments ein für AfD-Verhältnisse überaus hohes Ergebnis erzielt hatte.⁸³ Als neuer NRW-Vorsitzender setzte er sich mit 63,0 zu 31,8 Prozent gegen den Bundestagsabgeordneten Fabian Jacobi durch. Auch Helfrich trat nicht wieder als Landesvize an. Allerdings wurde er als neuer Richter ins Landesschiedsgericht gewählt. Er wolle die Partei zur „Volkspartei“ machen, kündigte Vincentz an. „30, 40 Prozent der Menschen stehen doch hinter unseren Inhalten, vielleicht sind sie von anderen Dingen bei uns abgeschreckt.“

Wenige Monate vor der NRW-Landtagswahl erlebt die Partei einmal mehr eine Phase der Unsicherheit. Intern wird über Macht- und Einflussphären gestritten. Und bei der Landtagswahl könnte sich die AfD – ähnliche Verluste wie bei der Bundestagswahl vorausgesetzt – (aus der Perspektive der Partei) bedrohlich der Fünf-Prozent-Marke nähern.

2.3 Sozialpopulistische Agitation

Trotz einer im Kern nach wie vor neoliberalen Programmatik und einer – zumindest zumeist – entsprechenden politischen Praxis im Bundestag ist es der AfD gelungen, zahlreiche Wähler*innen aus dem Kreis abhängig Beschäftigter für sich zu gewinnen. (Vgl. Pühringer/Beyer/Kronberger 2021) Unter Angestellten erhält die Partei bei Wahlen eine Unterstützung, die etwa auf dem Niveau aller Wählenden liegt. In der Gruppe der Arbeiter*innen wird sie deutlich überdurchschnittlich

oft gewählt. Sogar unter Gewerkschaftsmitgliedern erzielt sie zumeist höhere Ergebnisse.⁸⁴

Nicht zuletzt wegen der Erfahrungen, die sie bei früheren Landtagswahlen gemacht hatte, setzt die AfD seit Mitte des vorigen Jahrzehnts verstärkt darauf, sich als „Partei der kleinen Leute“ zu inszenieren. Schon früh hatte ihr späterer Bundessprecher und Ehrenvorsitzender Alexander Gauland die Parole ausgegeben, die AfD sei die Partei der ‚einfachen Leute‘. Eine Blütephase erlebten in jenen Jahren auch die gleich drei „Arbeitnehmervereinigungen“ in der Partei und ihrem Umfeld. Von ihnen ist mittlerweile kaum noch etwas zu vernehmen, nachdem ihre Protagonisten Uwe Witt („Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer“, AVA) und Jürgen Pohl („Alternativer Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland“, Alarm) sich in der Bundestagsfraktion etabliert haben sowie Christian Waldheim („Arbeitnehmer in der AfD“, AidA) in den Parteivorstand gewählt wurde.⁸⁵ Vor der Bundestagswahl 2017 definierte die AfD erstmals in dieser Deutlichkeit Arbeitnehmer*innen als besondere Zielgruppe.⁸⁶ Dazu zählten vormalige Nichtwähler*innen, aber auch abhängig Beschäftigte, die sich zuvor parteipolitisch anderweitig orientiert hatten. „Ostdeutschland sowie westdeutsche Industriegebiete, vor allem auch im Ruhrgebiet, wo die SPD noch überdurchschnittlich gute Wahlergebnisse erzielt und bislang eine enge Bindung an die Arbeiterschaft und an das Kleinbürgertum hatte, erweisen sich zunehmend als fruchtbares Terrain für die AfD“, notierten die Autoren eines internen Papiers zur Strategie der Partei im Wahljahr 2017. Für die AfD ansprechbar seien in solchen Regionen „vor allem die ‚kleinen Leute‘, Arbeiter, Angestellte, einfache Beamte und kleine Selbständige, die politisch konservativ denken,

⁸² Rundschreiben Lucassen an die Mitglieder, zitiert nach Abakus News vom 24.01.2022, <https://abakusdotnews.wordpress.com/2022/01/24/afd-nrw-duce-rudiger-lucassen-will-kein-landessprecher-mehr-sein-nach-2-jahren-ist-der-versager-landesverband-vor-landtagswahl-2022-vollig-zerstort/> (10.02.2022)

⁸³ Ullrich, Christoph: Martin Vincentz ist neuer AfD-Landeschef, WDR vom 06.02.2022, <https://www1.wdr.de/nachrichten/landspolitik/afd-neuer-vorstand-parteitag-100.html> (10.02.2022)

⁸⁴ Dabei sind am Wahltag oder kurz darauf veröffentlichte Analysen zum Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern mit

Zurückhaltung zu werten, da sie auf Selbsteinschätzungen der Befragten beruhen und unter anderem auch Organisationen umfassen können, die dem Deutschen Beamtenbund angehören, wie etwa die äußerst konservative Deutsche Polizeigewerkschaft.

⁸⁵ Waldheim hat, wie im Dezember 2021 bekannt wurde, seinen Rückzug aus dem Vorstand erklärt.

⁸⁶ Alternative für Deutschland: Demokratie wieder herstellen – Dem Volk die Staatsgewalt zurückgeben – AfD-Manifest 2017, https://www.weser-kurier.de/cms_media/module_ob/2/1389_1_AfD-Strategie-2017_58a5b0701d8dd.pdf (abgerufen: 27.06.2021).

in einfachen Reihenhäusern, Hochhaussiedlungen oder in prekären Stadtteilen leben“. Sie würden vom Staat Schutz gegen Verarmung und vor der Konkurrenz durch ausländische Billigkräfte, gegen Verwahrlosung ihres Wohnumfelds, gegen Kriminalität und schlechte Schulen für ihre Kinder und Enkel erwarten. Dabei laute eine zentrale Botschaft der AfD in Richtung SPD: „Die SPD ist längst nicht mehr die Partei der ‚kleinen Leute‘. Die SPD wird heute nicht mehr von Arbeitern und Angestellten, sondern von Verbandsfunktionären, Lobbyisten und Leuten aus dem öffentlichen Dienst mit Hochschulabschluss beherrscht.“

Zur Partei Die Linke, mit der die AfD vor allem in den ostdeutschen Bundesländern konkurriert, hieß es in dem Papier, im Osten Deutschlands stünden AfD und Linkspartei im direkten Wettbewerb um Wählerstimmen aus dem Kleinbürgertum, der Arbeiterschaft und dem Prekariat. „Dort denkt man patriotisch, hält nichts von offenen Grenzen, möchte Sicherheit und sehnt sich nach ‚sozialer Gerechtigkeit‘, aber nur für deutsche Staatsbürger.“ Die Botschaft Richtung Die Linke solle sein: „Nur die AfD tritt für nationale Interessen und die Belange der ‚kleinen Leute‘ ein.“

Zwar wurde ein ähnliches Strategiepapier wie 2017 im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 nicht bekannt, doch die Empfehlungen scheinen im Kern erneut gegolten zu haben. Wie vor vier Jahren versuchte die AfD, mit Themen und Forderungen zu punkten, die insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erreichen sollten. In ihrem Programm zur Bundestagswahl⁸⁷ sprach sie sich unter anderem dafür aus,

- Lohndumping in der Leiharbeit zu verhindern, indem Leiharbeitnehmer vergleichbaren Stammarbeitnehmern hinsichtlich der Entlohnung ab dem ersten Arbeitstag nicht nur mindestens gleichgestellt werden, sondern auch eine „Flexibilitätsprämie“ erhalten;
- den Mindestlohn beizubehalten – was unter anderem mit dem „durch die derzeitige

Massenmigration zu erwartenden Lohndruck“ begründet wird. Zudem erklärt die AfD, der Mindestlohn erlaube „eine Existenz jenseits der Armutsgrenze und die Finanzierung einer, wenn auch bescheidenen, Altersversorgung“;

- das Arbeitslosengeld I „gerecht“ zu gestalten, abhängig von der Dauer der Vorbeschäftigung;
- eine „Aktivierende Grundsicherung“ als Alternative zum Arbeitslosengeld II einzuführen, bei der das erzielte Einkommen nicht wie bisher vollständig mit dem Unterstützungsbetrag verrechnet werden würde;
- den Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung zu senken;
- „mehr Freiheitsrechte“ in der Rentenpolitik zu ermöglichen und Altersarmut durch eine Änderung bei der Grundsicherung im Alter zu verhindern, zumindest aber deutlich zu verringern. Zudem plädierte die AfD für einen höheren Steuerzuschuss, um „der drohenden Überlastung der Beitragszahler“ entgegenzuwirken. Dieser höhere Steueraufwand dürfe jedoch nicht durch Steuererhöhungen finanziert werden: „Vielmehr sind die Steuerzuschüsse zur Rente durch konsequente Streichungen von ideologischen Politikmaßnahmen, beispielsweise in der Migrations-, Klima- und EU-Politik, gegenzufinanzieren.“

Dabei blieb die AfD konkrete Antworten sehr häufig schuldig – zum Beispiel auf die Fragen, wie hoch ein Mindestlohn oder die von ihr favorisierte „Aktivierende Grundsicherung“ ausfallen sollte, welches angestrebte regelmäßige Renteneintrittsalter sie anstrebt oder welches Mindestniveau der Rente ihr vorschwebt. Statt „linksgrüner ‚Weltrettungsprojekte‘“ würden marktwirtschaftliche Freiheit und öffentliche Investitionen in Bildung und Wissenschaft gebraucht, um über eine prosperierende Wirtschaft auch hohe soziale Standards finanzieren zu können. Vollends konterkariert

⁸⁷ Alternative für Deutschland: Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag, <https://www.afd.de/wp->

content/uploads/sites/111/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf, S. 86 (11.12.2021)

wurde die arbeitnehmer*innenfreundliche Inszenierung des AfD-Programms zur Bundestagswahl freilich durch die wirtschafts- und steuerpolitischen Aussagen. „Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft von Ludwig Erhard wiederbeleben und Wohlstand für alle schaffen“, heißt es dort. Aufgabe des Staates solle die Erhaltung des Wettbewerbs und die Verhinderung von Monopolen, Kartellen und sonstigen, den Marktmechanismus schädigenden Einflüssen sein. Der Schutz vor Wettbewerb oder „staatlich verordnete Preiserhöhungen für vermeintlich gute Zwecke“ gehörten nicht dazu. Eine „Staatwirtschaft“ führe regelmäßig in den „wirtschaftlichen Niedergang“.

Stattdessen kündigte die AfD im Wahlprogramm an, sie wolle „die Wirtschaft von politisch herbeigeführten Belastungen komplett befreien“. Gefordert wurde unter anderem eine „Entschlackung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts“, abgelehnt wurden eine „hetzerische Klassenkampfrhetorik“ und „sozialistische Gleichheitsvorstellungen und klassenkämpferische Neidgefühle“. Steuerpolitisch empfahl die AfD die Abschaffung von Grundsteuer, Vermögenssteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie indirekt auch der Gewerbesteuer. Als gutes Beispiel für eine große Steuerreform wurde das Konzept des ehemaligen Verfassungsrichters Paul Kirchhof genannt: „In Orientierung daran könnten, bei Konzentration auf die beiden großen Steuerarten (Umsatzsteuer und Einkommenssteuer), die Grundsteuer, die Gewerbesteuer und etliche, nach ihrem Aufkommen betrachtet, weitere kleinere Verbrauchsteuern auf Bundesebene ersatzlos entfallen.“

Helmut Kellershohn kommt in einer Analyse des AfD-Wahlprogramms zu dem Schluss, dass in den Augen der AfD Sozialpolitik primär Bevölkerungs- und Familienpolitik sei und sie ansonsten „unverkennbar [...] die Essentials einer neoliberalen Wirtschaftspolitik“ propagiert, basierend auf den Grundsätzen: „Schutz des Eigentums, Vertragsfreiheit, die Einheit von Handeln und Haftung, Berufsfreiheit, eine wettbewerbliche Wirtschaftsordnung“.⁸⁸ Um einem, so die AfD „teilweise

totalitären Gebaren“ der Regierung gegenzusteuern, bediene sie sich „des Arsenal neoliberaler Staatsvorstellungen, in denen es immer darum geht, den Staat gegen ‚unangemessene‘ gesellschaftliche Interessen und deren Pendant, das korrupte Establishment, abzuschotten“. Das Ideal des Staates, das der AfD vorschwebt, sei der autoritär geführte nationale Wettbewerbsstaat auf völkischer Basis in einem „Europa der Vaterländer“. Auch in dem Kapitel, das sich mit den Steuern beschäftigt, sei der neoliberale Grundton nicht zu übersehen, so Kellershohn: „Schaut man sich diese Forderungen unter dem Gesichtspunkt an, wer davon profitieren würde, so wird eine soziale Schieflage deutlich. Von der Aufhebung der Substanzsteuern und der Gewerbesteuern würden Unternehmen aller Art einen Vorteil haben, besonders aber – dies betont die AfD am Beispiel der Erbschafts- und Schenkungssteuern – der gewerbliche Mittelstand. In zweiter Linie dann Haus- und Grundbesitzer aller Art sowie Immobilienbesitzer, die vermieten. Der Wegfall der Grunderwerbssteuer würde ‚Besserverdienenden‘ zugutekommen, die es sich leisten können, Wohnungseigentum zu erwerben.“ Nur von der Aufhebung kleinerer Verbrauchssteuern würden zum Teil die sogenannten „kleinen Leute“ profitieren. Maßnahmen gegen die „kalte Progression“ kämen Menschen mit geringen und mittleren Einkommen zugute. Der Schwerpunkt der Steuereinnahmen liege nach den Vorstellungen der AfD aber auf der Mehrwertsteuer, die das Portemonnaie der „kleinen Leute“ relativ am meisten belaste. Dabei verweist nicht nur die Programmatik zur Bundestagswahl auf die nach wie vor vorhandene Dominanz neoliberaler Diskurse in der AfD. Auch die faktische Bedeutungslosigkeit der unterschiedlichen „Arbeitnehmervereinigungen“ – erkennbar etwa in der Diskussion über ein Rentenkonzept, als die gegensätzlichen Papiere von Bundessprecher Meuthen und der Thüringer Landtagsfraktion die Diskussion prägten, aber nicht Vorschläge von AVA, AidA oder Alarm – deutet auf einen geringen Stellenwert von Sozialpolitik in der AfD hin. Gleiches gilt für den Umgang mit jenem „Sozialparteitag“, der erst

⁸⁸ DISS-Journal. Sonderausgabe Nr. 4. Online unter: <https://www.diss-duisburg.de/download/dissjournal-dl/DISS-Journal-Sonderausgabe-4.pdf> (10.02.2022)

siebeneinhalb Jahre nach Gründung der Partei im Herbst 2020 zustande kam. Tatsächlich standen bei dem Parteitag Fragen der AfD-internen Machtverteilung im Mittelpunkt. Gerade einmal ein Drittel ihrer gesamten Tagungszeit widmeten die Delegierten sozialpolitischen Fragen – und dabei ging es mit Renten- und Gesundheitspolitik nur um zwei von vielen Themen der Sozialpolitik.

Nicht zuletzt verweist das Agieren ihrer Bundestagsfraktion auf die kapitalorientierte Politik der AfD. Zwei Untersuchungen nahmen die Arbeit der Abgeordneten in den Blick. Tilo Giesbers und Ulrich Peters analysierten für die Rosa-Luxemburg-Stiftung, dass die AfD sich im Parlament zwar sozialpolitisch als „Anwältin der kleinen Leute“ inszeniere, es der AfD aber in den seltensten Fällen darum gehe, „wirklich alternative Politikangebote zu unterbreiten oder eigene Antworten auf aktuelle politische Herausforderungen zu geben“. Häufig reiche es ihr aus, „lediglich öffentlichkeitswirksam zu polemisieren oder zu kritisieren“.⁸⁹

Stephan Pühringer, Karl M. Beyer und Dominik Kronberger kommen in einer Studie für die Otto Brenner Stiftung zu dem Schluss, dass sich die Partei auch in ihrer parlamentarischen Praxis sehr deutlich ordo- bzw. neoliberal positioniere. „Ist diese Positionierung der Partei zum Zeitpunkt ihrer Gründung noch dadurch gut zu erklären, dass die relevanten AkteurInnen aus dem bürgerlich-konservativen Ökonomenmilieu stammten, ist die klare Kontinuität ordo-/neoliberaler sozioökonomischer Narrative bis heute angesichts der häufigen ‚kleine-Leute‘-Rhetorik der AfD doch überraschend.“⁹⁰ Wenn aus ihrer Sicht das ungehinderte Wirken des Marktmechanismus durch politische Entschlüsse und staatliche Eingriffe bedroht sei, argumentiere die AfD fast ausnahmslos zugunsten des Marktprinzips. „Insgesamt zeigt die AfD große Zustimmung zu einer Haltung, die dem Staat lediglich zugesteht, die Rahmenbedingungen für eine effiziente, wettbewerbsorientierte Marktwirtschaft zu schaffen, dabei aber keine

eigenständige wirtschafts- und sozialpolitische Agenda zu verfolgen.“ Durchgängig verfolge sie eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, die sich insbesondere nach den Interessen der (inländischen) Wirtschaftstreibenden richte. Diese Politik nehme hinsichtlich der Arbeitsmarktpolitik oder in Fragen der Ausgestaltung des Sozialstaates mehrheitlich die Position der Arbeitgeber*innen ein. Fazit der Autoren: „Vermeintlich ‚linke‘ Forderungen nach einer Politik für ‚kleine Leute‘ und arbeitende Menschen verbleiben überwiegend öffentliche Rhetorik, finden jedoch weder Eingang in Partei- und Wahlprogramme noch werden sie in der politischen Debatte und Praxis im Bundestag vertreten.“

3. Thesen zur Weiterentwicklung der AfD

Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2021 deuten darauf hin, dass der bisherige Siegeszug der AfD bei Wahlen seinen Zenit erreicht haben könnte. Umfragen weisen vielmehr auf eine mögliche Trendwende – einen Einbruch der bis dato erfolgreichsten Rechtsaußenpartei – in der Gunst der Wähler*innenschaft hin. Zudem scheint das fortwährende Drehen an der rechtspopulistischen Eskalationsschraube sich für die Partei nicht mehr auszuzahlen. So haben ihre Anbiederungsversuche an die Bewegung der sog. Pandemie-Leugner*innen nicht zu Stimmenzuwächsen bei Wahlen geführt – vielmehr scheint dieser Kurs mehrheitlich eher abschreckende Wirkungen hinsichtlich Wahlzustimmungen zu bewirken. Durch den Parteiaustritt Meuthens hat sich die Möglichkeit der AfD zur Einflussnahme in das bürgerliche nationalkonservative Milieu verringert. Ein weiteres Problem für die Partei ist die drohende Einstufung als rechtsextremer Verdachtsfall durch den Inlandsgeheimdienst: Sollte dies eintreten und vor Gericht Bestand haben, so droht der AfD ein Schwund ihrer Wähler*innenzustimmung sowie ihrer Mitglieder*innen.

⁸⁹ Giesbers Tilo/Peters Ulrich (2020): Abstimmungsverhalten der AfD im Bundestag. Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin, S. 8, S. 16

⁹⁰ Pühringer, Stephan/Beyer, Karl M./Kronberger, Dominik (2021): Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis - Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD. OBS-Arbeitspapier 52. Frankfurt a.M., S. 58

So könnte das Jahr 2022 eine Trendwende in der Entwicklung der AfD einleiten. Diese Mutmaßung fußt auf folgenden Thesen:

- a) Sollte im März dieses Jahres die gerichtliche Entscheidung getroffen werden, die AfD als rechtsextremen Verdachtsfall einzustufen, könnte dies einen politisch negativen Dominoeffekt für die AfD in Gang setzen: Mitglieder*innenschwund, Einbruch von Parteispenden, Erfolgsgefährdung der Stiftungsaktivitäten, Wegfall von konservativen Kooperationsmöglichkeiten auch in Ostdeutschland könnten Folgen davon sein.
- b) Die bevorstehenden Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und in NRW könnten den politischen Abwärtstrend der Partei deutlich verstärken: So ist der saarländische AfD-Landesverband vor der bevorstehenden Wahl am 27. März in einem chaotischen und für die Partei desaströsen Zustand, der zur Folge haben könnte, dass die AfD unter die 5%-Hürde rutscht. Das könnte eine negative Signalwirkung für die Wahl in Schleswig-Holstein am 8. Mai haben. Auch dort hatte die AfD im Ländervergleich niedrige Zustimmungsraten und sie ist dort ebenfalls von innerparteilichen Querelen geprägt. Ob ihr Haupt-Wahlkampfthema – die Ablehnung von 2G und Impfpflicht – dann noch „zündet“, kann bezweifelt werden.

Der Sozialpopulismus der Partei scheint dann zu greifen, wenn die demokratischen Parteien kein klar fassbares und attraktives sozialpolitisches Angebot an sozial Benachteiligte machen. Bei anderer politischer Adressierung scheint dies veränderbar. Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2021 zeigen, dass ein Teil der AfD-Wähler*innenschaft, die früher einmal eher linksorientierten Parteien zugewandt gewesen waren, durchaus wieder mit sozialpolitischen politischen Angeboten zurückgewonnen werden können. So hat die SPD bei dieser Wahl 420 000 der vormaligen AfD-Wähler*innenschaft für sich gewinnen können. Sollte die AfD auch den Einzug in den Landtag von Schleswig-Holstein verpassen, hätte dies sehr wahrscheinlich negative

Folgeerscheinungen für ihr Abschneiden bei der kurz danach am 15. Mai in NRW stattfindenden Landtagswahl bewirken. Sollte die AfD auch im bevölkerungsreichsten Bundesland an der 5%-Hürde scheitern, dürfte damit ihr Niedergang in Westdeutschland eingeleitet sein.

- c) Ein solches Szenario könnte vielfältige negative Folgeerscheinungen bewirken: Aufgrund schwindender Geld- und Postenperspektiven dürfte sich das innerparteiliche Konfliktpotential steigern und das negative Gesamterscheinungsbild der Partei verstärken. Ist der Nimbus des rechtspopulistischen Erfolgsversprechens einmal gebrochen, würde dies zu einem Autoritätsverlust der Partei bei dem heterogenen Rechtsaußenspektrum hierzulande führen und dürfte Bildungen neuer organisatorischer „Konkurrenz“ nach sich ziehen. Ein wahrscheinlich zunehmender Einfluss offen extrem rechts auftretender Kräfte auf den Kurs der Gesamtpartei würde aller Voraussicht nach deren realpolitische Handlungsmöglichkeiten weiter einschränken, ihren Zugang zu breiteren Wähler*innenmilieus weiter einschränken und damit den wahlpolitischen Niedergang im Bund und in den westdeutschen Landesparlamenten besiegeln.
- d) Entwicklungen bei der italienischen Lega Nord oder bei der österreichischen FPÖ – dem erklärten Vorbild der AfD – zeigen, dass sich rechtspopulistische Propaganda überhitzen und dass faschistoide Demagogen auch demaskiert werden können. Hier tut sich ein günstiges Gelegenheitsfenster auf für eine erfolgsversprechende Verteidigung demokratischer und antifaschistischer Errungenschaften.

Zu den Autoren

Alexander Häusler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule Düsseldorf

(www.forena.de)

Rainer Roeser ist freier Journalist und freier Mitarbeiter von Forena.

Das Urheberrecht liegt bei den jeweiligen Autor*innen.

Diskussionspapiere von FORENA dienen der Verbreitung von Forschungsergebnissen aus laufenden oder abgeschlossenen Arbeiten am Forschungsschwerpunkt. Sie sollen den Ideenaustausch und die akademische Debatte anregen und befördern. Die Zugänglichmachung von Forschungsergebnissen in einem FORENA Working Paper ist nicht gleichzusetzen mit deren endgültiger Veröffentlichung und steht der Publikation an anderem Ort und in anderer Form ausdrücklich nicht entgegen. Diskussionspapiere, die von FORENA herausgegeben werden, geben die Ansichten des*/der* jeweiligen Autor*in wieder, nicht jedoch die von FORENA als Einrichtung.